

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

21. Sitzung
31. August 2023

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 12.02 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0778
**Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm,
Umsetzungszeitraum 2022 bis 2026**

Hierzu: Anhörung

Hierzu:

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0778-1
Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm,
Umsetzungszeitraum 2022 bis 2026
– Austauschseiten zu den Seiten 66, 162 und 163 der
Anlage –

[0079](#)
UVK(f)
Haupt
StadtWohn
WiEnBe
Mobil

[0079-01](#)
UK(f)
Haupt
StadtWohn
WiEnBe
Mobil

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ich begrüße Herrn Mathias Geburek, Referent im Referat Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Herrn Tilmann Heuser, Geschäftsführer vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. im Landesverband Berlin e. V., Herrn Prof. Dr. Bernd Hirschl, Forschungsfeldleiter Klima und Energie am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung GmbH und Leiter Fachgebiet Management regionaler Energieversorgungssysteme an der Brandenburgischen Technischen Universität – BTU – Cottbus-Senftenberg, Herrn Michael Limburg, Vizepräsident von EIKE e. V., und Herrn Dr. Jörg Lippert, Besonderer Vertreter des Vorstandes, Leiter Bereich Technik, Energie, Klima, BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. Ich darf feststellen, dass auch Sie mit den Liveübertragungen und den Ton- und Bildaufnahmen der Sitzung einverstanden sind. – Das ist der Fall. Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll angefertigt werden soll. – Ich sehe Kopfnicken von Ausschussmitgliedern. Zu Ihrer Information: Bei den Anhörungen gehen wir in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen vor. Ich habe den Wunsch gehört, dass Herr Tilmann Heuser mit Herr Prof. Dr. Hirschl die Reihenfolge tauschen möchte. Das machen wir so. Dann kommen wir zur Begründung der Vorlagen – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/0778 und Drucksache 19/0778-1 durch den Senat. Wird das gewünscht? – Das ist der Fall. – Sie haben das Wort, Frau Senatorin Schreiner!

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die Nachrichten von Hitzerekorden, Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen wie aktuell den Waldbränden in der ganzen Welt – Kanada, Griechenland – verdeutlichen, dass die Klimakrise keine abstrakte Gefahr mehr ist.

Auch Berlin war in den letzten Jahren von Dürre, Hitze oder Starkregen betroffen. Gleichzeitig sind die Treibhausmissionen weiterhin auf Rekordniveau. Deswegen: Berlin hat sich zum Klimaschutz bekannt, und es wurde im Koalitionsvertrag vereinbart, die Klimaziele angesichts der Dringlichkeit sogar vorzuziehen, um die Klimaneutralität deutlich vor 2045 zu erreichen. Darüber hinaus soll die Klimaresilienz gestärkt werden. Daher ist es uns ein großes und wichtiges Anliegen, heute das BEK 2030 für den Umsetzungszeitraum bis 2026 in den Ausschuss zu bringen. Das ist bereits Ende 2022 vom Senat beschlossen worden und umfasst Klimaschutz und Klimaresilienz.

Wichtige Neuerungen sind konkrete Sektorziele für die Handlungsfelder Energie, Gebäude, Wirtschaft und Verkehr für die Jahre 2025 und 2030, Stärkung von Verantwortlichkeiten – alle relevanten Ressorts wurden in die Pflicht genommen, Klimaschutz somit als gesamtstädtische Aufgabe betrachtet –, Festlegung von Zielmarken und Indikatoren für die Einzelmaßnahmen für ein verbessertes Monitoring. Der Teil Klimaschutz wurde in einem Beteiligungsprozess erarbeitet, umfasst 71 Maßnahmen und gliedert sich in die genannten Handlungsfelder. Neu ist das Handlungsfeld übergreifende Maßnahmen, in dem übergreifende Herausforderungen wie Fachkräftemangel und Klimabildung adressiert werden. Zentrale Hebel für uns sind die Umstellung auf fossilfreie Energieträger in der Strom- und Wärmeversorgung, unter anderem durch den Masterplan Solarcity, kommunale Wärmeplanung, die Steigerung der energetischen Sanierung und die Steigerung der Energieeffizienz in Unternehmen. Zudem sollen klimafreundliche Mobilität durch einen verbesserten ÖPNV, Ausbau von Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur sowie bessere Ladeinfrastruktur attraktiver werden.

Der Teil Klimaanpassung wurde in einem verwaltungsinternen Prozess parallel erarbeitet und gliedert sich in 53 Maßnahmen in zehn Handlungsfeldern. Wichtige strategische Ziele dabei sind Schutz der Bevölkerung vor Hitze, hierzu unter anderem die Aufstellung des Hitzeaktionsplans und die Ausweitung von Trinkwasserbrunnen und Steigerung der Klimaresilienz durch klimatische Qualifizierung der Stadtoberfläche gegenüber Hitze, Starkregen und Dürre. Neben der Berücksichtigung in der Stadtentwicklung spielt dabei natürlich das Stadtgrün eine zentrale Rolle. Weitere Schwerpunkte sind wasserwirtschaftliche Infrastruktur und Qualität des Trinkwassers, Umbau zur Schwammstadt und die Berliner Forsten mit ihrem Mischwaldprogramm.

Von unserer Seite wird dafür plädiert, dass das BEK 2030 in der vorgelegten Fassung beschlossen wird, denn jede einzelne Maßnahme des BEK 2030 ist Teil einer Gesamtstrategie und spielt eine spezifische Rolle bei der Erreichung der Berliner Klimaziele. Zudem ist das Programm in einem sehr umfangreichen Beteiligungsprozess unter Einbindung eines wissenschaftlichen Konsortiums mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie allen Senatsverwaltungen abgestimmt. Die umsetzenden Akteure brauchen dringend Klarheit über den genauen Wortlaut, also ist ein schneller Beschluss anzustreben. Es soll nicht zu Verzögerungen in der Umsetzung kommen. Mit den hier vorgelegten Zielvorstellungen und Instrumenten im BEK nimmt das Land Berlin eine Vorreiterrolle ein. Daraus ergibt sich eine Vielzahl positiver Effekte, da eine ambitionierte Klimaschutzpolitik nicht nur die Umwelt für künftige Generationen schützt, sondern auch zur Verbesserung der Lebensqualität und Stärkung des Wirtschafts- und Wirtschaftsstandorts beiträgt und damit natürlich auch die Attraktivität Berlins national und international erhöht. In diesem Sinne ist uns eine gute, konstruktive Debatte wichtig, die ich Ihnen hier wünsche, damit die Umsetzung des BEK 2030 nicht verzögert wird und Berlin möglichst deutlich vor 2045 die Klimaneutralität erreicht. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Senatorin Schreiner! – Wir kommen jetzt zur Anhörung. Ich möchte nun den Anzuhörenden das Wort geben, wie vorhin gesagt, in alphabetischer Reihenfolge, und Sie bitten, Ihre Stellungnahmen und Präsentationen auf fünf Minuten zu beschränken. Das werde ich streng handhaben, weil wir eine große Anzahl von Anzuhörenden beziehungsweise weitere Tagesordnungspunkte haben und damit Sie im Anschluss auch die Möglichkeit haben, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. – Als Erstes erteile ich das Wort Herrn Geburek. – Bitte!

Mathias Geburek (Referent im Referat Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg): Vielen Dank! – Mein Name ist Mathias Geburek, ich komme aus dem Amt für Statistik, wie Sie schon gesagt haben. Ich bearbeite seit 2012 die Energie- und CO₂-Bilanz für die Länder Berlin und Brandenburg und gebe heute einen kurzen Einblick in die Erstellung dieser Bilanz, in die gesetzliche Grundlage und so weiter.



Inhalt

1. Gesetzliche Grundlagen
2. Energie- und CO₂-Bilanz
3. Länderarbeitskreis Energiebilanzen



1

Gesetzliche Grundlagen
Aufgaben, Qualität



30.08.2023

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

3

Gesetzliche Grundlagen | Aufgaben

Energiestatistikgesetz (EnStatG)

statistik
Berlin Brandenburg

- ◆ Zweck des Gesetzes
 - Nach §1 Satz 1, „... Darstellung des Energieangebots und der Energieverwendung, insbesondere in Form von Energiebilanzen des Bundes und der Länder,...“
- ◆ Durchführung statistischer Erhebungen
 - in der Elektrizitäts-, Gas-, Wärmewirtschaft einschließlich der erneuerbaren Energien
 - über Flüssiggas, Klärgas, Klärschlamm, Tiefengeothermie, Biokraftstoffe, Mineralöl und Mineralölerzeugnisse
 - über die Energieverwendung einschließlich der erneuerbaren Energien

30.08.2023 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 4

Grundlage für die Energie- und CO₂-Bilanz bilden die Daten des Energiestatistikgesetzes, ein bundesweites Gesetz. Der Zweck des Gesetzes steht da, nämlich dass die Daten insbesondere für die Erstellung der Länder- und Bundesbilanz erhoben werden. Dadurch ist es uns rechtlich möglich, Daten in der Elektrizitäts-, Gas- und Wärmewirtschaft einschließlich verschiedener erneuerbarer Energien zu erheben, auch der Energieverwendung im verarbeitenden Gewerbe.

Gesetzliche Grundlagen | Aufgaben

Energiestatistikgesetz (EnStatG)

statistik
Berlin Brandenburg

- ◆ Wer gibt Auskunft?
 - Betreiber von Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen
 - Betreiber von Strom- und Wärmenetzen
 - Strom-, Gas- und Mineralölhändler
 - Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes
- ◆ Totalerhebungen
 - Strom- und Gasabsatz
 - Stromeinspeisung der Netzbetreiber
- ◆ teilweise mit Abschneidegrenzen
 - Größe der Erzeugungsanlage
 - Überschreitung von Absatzmengen
 - Anzahl der Tätige Personen

30.08.2023 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 5

Wer gibt Auskunft? – Das sind in der Regel Betreiber von Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen, Betreiber von Strom- und Wärmenetzen, verschiedene Strom-, Gas- und Mineralölhändler und die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes. In der Regel sind das Totalerhebun-

gen, das heißt, wir führen eine Kompletterhebung über den gesamten uns bekannten Berichtskreis durch, um für die Energiebilanz nach Möglichkeit ein komplettes Energieendbild zu erhalten. Das sind Strom- und Gasabsatz und die Einspeisung bei den Stromnetzbetreibern. Teilweise sind es aber auch Erhebungen mit einer Abschneidegrenze, um die Auskunftgebenden nicht zu stark zu belasten. Insbesondere im verarbeitenden Gewerbe gilt eine Abschneidegrenze von tätigen Personen, wo wir nur darüber befragen. Auch bei Erzeugungsanlagen gibt es zum Beispiel eine Abschneidegrenze von 1 Megawatt elektrischer Leistung.

statistik
Berlin Brandenburg

2 Energie- und CO₂-Bilanz

30.08.2023 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 6

Energie- und CO₂-Bilanz

Energiebilanz - Methode

- ◆ Amtl. Statistiken, Verbandsangaben, einzelne Schätzungen
- ◆ Nationale und internationale Vorgaben
 - IRES – Int. Recommendations f. Energy Statistics der Vereinten Nationen
- ◆ Abstimmung mit Bundesbilanz
 - AGEB – Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen

Vereinfachte Energiebilanz	
Primärenergiebilanz	Primärenergieverbrauch
	- Umwandlungseinsatz
Umwandlungsbilanz	+ Umwandlungsausstoß
	- Sonstige Verbräuche
Endenergiebilanz	= Endenergieverbrauch

Beispielhaftes Energieflussbild

Gewinnung i. Inland Einfuhren

Ausfuhren

Primärenergieverbrauch
NE-Verbrauch

Statistische Differenz

Umwandlungsverluste

Verbrauch im Energiesektor

Endenergieverbrauch

Verarb. Gewerbe Verkehr Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen

30.08.2023 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 7

Die Energie- und CO₂-Bilanz setzt sich zusammen aus den Daten der amtlichen Energiestatistik, aber auch aus Verbandsangaben, zum Beispiel vom Mineralölwirtschaftsverband oder dem Verband der Braunkohlestatistik, und einzelnen Schätzungen, wo keine Daten vorliegen. Wir erstellen die Energiebilanz nach den internationalen Vorgaben für die Energiestatistik der Vereinten Nationen, abgekürzt IRES, und natürlich immer in enger Abstimmung mit der Bundesbilanz, die von der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen – AGEB –, erstellt wird. Grob zusammengefasst setzt sich die Energiebilanz wie folgt zusammen: Das ist einmal eine Primärenergiebilanz, also alle Primärenergieträger, die im Land aufkommen, über die Umwandlungsbilanz in den Kraftwerken, also ein Umwandlungseinsatz von Erdgas zum Beispiel, und Umwandlungsausstoß in Form von Wärme und Strom, über verschiedene Verluste zum Endenergieverbrauch, der dann beim Nutzenden zum Schluss ankommt. Hier noch mal ein beispielhaftes Energieflussbild, von oben nach unten dargestellt. Die Gewinnung, Einfuhren, Ausfuhren sind der Primärenergieverbrauch; über den Umwandlungssektor ergibt sich dann der Endenergieverbrauch auf die entsprechenden Sektoren des Endenergieverbrauchs.

Energie- und CO₂-Bilanz
CO₂-Emissionen

statistik
Berlin Brandenburg

- ◆ Energiebedingte Kohlenstoffdioxidemissionen
 - basierend auf vollständiger Energiebilanz
 - energieträgerspezifische Emissionsfaktoren des Umweltbundesamtes (Nationaler Inventarbericht - NIR)
 - ausschließlich fossile Energieträger
- ◆ Quellenbilanz
 - Emissionen, basierend auf dem Primärenergieverbrauch
 - Keine Rückschlüsse auf das Verbrauchsverhalten im Land
- ◆ Verursacherbilanz
 - Emissionen, basierend auf dem Endenergieverbrauch
 - Keine Rückschlüsse auf die tatsächlichen Emissionen im Land

30.08.2023 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 8

Die CO₂-Emissionen werden basierend auf der vollständigen Energiebilanz ermittelt, und zwar über die energieträgerspezifischen Emissionsfaktoren des Umweltbundesamtes, die nach dem Nationalen Inventarbericht jährlich aktualisiert werden auf Basis wissenschaftlicher Grundlagen, ausschließlich für die fossilen Energieträger, da erneuerbare CO₂-frei sind. Zu den Ergebnissen der CO₂-Emissionen: Es gibt zwei Betrachtungsweisen, einmal die Quellenbilanz, basierend auf dem Primärenergieverbrauch. Diese geben aber keine Rückschlüsse auf das tatsächliche Verbrauchsverhalten in einem Land. Die Verursacherbilanz – genau umgekehrt – sind die Emissionen, auf dem Endenergieverbrauch basierend. Diese geben aber keine Rückschlüsse auf die tatsächlichen Emissionen in einem Bundesland.



statistik
Berlin Brandenburg

3

Länderarbeitskreis Energiebilanzen / Code of Practice

30.08.2023 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 9

Länderarbeitskreis Energiebilanzen

Veröffentlichungen

statistik
Berlin Brandenburg

- ◆ **Länderarbeitskreis Energiebilanzen - LAK EB**
 - Koordinierung der Länderbilanzen
 - für Energiewirtschaft zuständigen Ministerien
 - fast alle Statistischen Landesämter, sowie ein Institut für Mecklenburg-Vorpommern
 - zwei Sitzungen pro Jahr, auch auf Arbeitsebene (Arbeitsgruppen)
- ◆ **LAK - Datenbank und Statistischer Bericht**
 - Veröffentlichung aller Bundesländer rückwirkend bis 1990
 - Indikatorensets (Energieintensität, Energieproduktivität, Einwohner)
- ◆ **Quellendokumentation**
 - Verzeichnis der verwendeten Daten

30.08.2023 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 10

Die Veröffentlichung erfolgt in der Regel über den Länderarbeitskreis Energiebilanzen, der die Koordinierung übernimmt. Die zuständigen Ministerien der Energiewirtschaft der Länder sind Mitglied im LAK, fast alle statistischen Landesämter sowie ein Institut für Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben mehrere Sitzungen im Jahr auch auf Arbeitsebene, wo wir uns methodisch austauschen. Die Veröffentlichung erfolgt in der LAK-Datenbank auf der Homepage und auch im statistischen Bericht der einzelnen Statistikämter. Dort sind alle Daten rückwirkend bis 1990 abrufbar und auch verschiedene Indikatorensets zum Beispiel zusammengestellt. Auf der Homepage des LAK gibt es eine detaillierte Quellendokumentation, das heißt: Wie werden die Daten ermittelt?

Qualität

Code of Practice (CoP)

statistik
Berlin Brandenburg

Verhaltenskodex für europäische Statistiken

- Fachliche Unabhängigkeit
- Koordinierung und Zusammenarbeit
- Mandat für Datenerhebung und Datenzugang
- Angemessene Ressourcen
- Verpflichtung zur Qualität
- Statistische Geheimhaltung und Datenschutz
- Unparteilichkeit und Objektivität
- Solide Methodik
- Geeignete statistische Verfahren
- Vermeidung einer übermäßigen Belastung der Auskunftgebenden
- Wirtschaftlichkeit
- Relevanz
- Genauigkeit und Zuverlässigkeit
- Aktualität und Pünktlichkeit
- Kohärenz und Vergleichbarkeit
- Zugänglichkeit und Klarheit

30.08.2023 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 11

Zum guten Schluss noch ganz kurz: Die amtliche Statistik, wo ich ja arbeite, richtet sich nach dem Verhaltenskodex für die europäischen Statistiken, das heißt, wir sind fachlich unabhängig und haben hier 16 Verhaltenskodexe, die alle gleichwirkend sind, aber natürlich kann man sich einzelne herauspicken.

statistik
Berlin Brandenburg

Vielen Dank.

✉ energie@statistik-bbb.de

🌐 statistik-berlin-brandenburg.de

30.08.2023 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 12

Statistische Geheimhaltung: Wichtig für uns, solide Methodik natürlich. – Das war es. Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Herr Geburek! – Jetzt kommen wir zu Herrn Prof. Dr. Hirschl. – Sie haben das Wort – bitte!

Dr. Bernd Hirschl (Forschungsfeldleiter Klima und Energie am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH, Leiter Fachgebiet Management regionaler Energieversorgungssysteme an der Brandenburgischen Technischen Universität – BTU – Cottbus-Senftenberg): Vielen Dank für die Einladung! Vielen Dank auch, Herr Geburek! Als hätten wir uns abgesprochen, baue ich jetzt direkt darauf auf, denn Herr Geburek hat Ihnen die Grundlagen beschrieben, nach denen die Statistik die aktuellen Zahlen ermittelt, und wir – mein Institut und ein Konsortium, das beauftragt wurde – haben auf der Basis der aktuellen Zahlen die entsprechende Szenariostudie ermittelt, die die Grundlage für das BEK ist, die im Grunde den Weg zur Klimaneutralität aufgezeigt hat. Meine Aufgabe sehe ich jetzt darin, Ihnen ein wenig die Grundlagen näherzubringen, wofür wir dieses BEK brauchen. Wenn Sie noch mal darüber nachdenken, was da fehlt, dann sollten Sie das vor dem Hintergrund machen, was dazu beiträgt, diese Klimaneutralität zu erreichen, und wie die aussieht, das habe ich Ihnen in der Kürze mitgebracht.

Auf dem Weg zu einem klimaneutralen Berlin – oder: Klimaneutralität als neues Anforderungsniveau breit verankern

Statement zum BEK 23-26

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz des
Abgeordnetenhauses von Berlin, 21. Sitzung
31. August 2023

Prof. Dr. Bernd Hirschl
IÖW – Institut für ökologische
Wirtschaftsforschung, Berlin
und
BTU Cottbus-Senftenberg

i | ö | w



Kurzvorstellung Prof. Dr. phil. Dipl.-Ing.-Oec. Bernd Hirschl



- **Leiter der Abteilung Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung IÖW (GmbH, gemeinnützig), Berlin**

i | ö | w

- seit 1985 Forschung und Politikberatung für nachhaltiges Wirtschaften
 - Standorte Berlin und Heidelberg, über 60 Mitarbeiter/innen aus Wirtschafts- und Sozial-, Ingenieur- und Naturwissenschaften
 - Langjährige Erfahrungen in der Analyse, Entwicklung und Bewertung von Innovationen und Märkten sowie politischen Instrumenten und Klimaschutzstrategien
 - Unabhängig, 100% durch Drittmittel finanziert; überwiegend öffentliche Auftraggeber
 - www.ioew.de
 - Infoseite [Prof. Hirschl IÖW](#)
- **Leiter Fachgebiet Management regionaler Energieversorgungssysteme an der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg (Lausitz)**

b-tu

- Website Fachgebiet: <https://www.b-tu.de/fq-energieversorgungsstrukturen>
- Infoseite [Prof. Hirschl BTU](#)

- **Ausgewählte Funktionen**

- Sprecher des [Berliner Klimaschutzrates](#) (seit 2017)
- Mitarbeit im [Akademienprojekt Energiesysteme der Zukunft ESYS](#)
- Projektleiter vieler Forschungs- und Beratungsprojekte, u. a. Studie „[Berlin Paris-konform machen](#)“ und Entwicklung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms beauftragt vom Land Berlin sowie [Entwicklung des Brandenburger Klimaplans](#) beauftragt vom Land Brandenburg

2

i | ö | w

Ich bin selber am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung tätig, das wurde bereits erwähnt, auch an der BTU parallel. Das heißt, ich kenne auch die Brandenburger Perspektive ziemlich gut, bin auch Sprecher des Berliner Klimaschutzrats, aber heute nicht in dieser Rolle.

Wozu Klimaschutz? Zur Vermeidung einer ökologischen Katastrophe



Image by [Tumisu](#) from [Pixabay](#)

3

Deutscher „Erdüber- lastungstag“ des Jahres 2023: 4. Mai

Wenn alle so
wirtschaften
(Ressourcen
verbrauchen)
würden, wie wir
in Deutschland,
bräuchten wir
3 Erden

Quelle: Global Footprint
Network 2023

i | ö | w

Wozu Klimaschutz? Zur Vermeidung einer ökologischen Katastrophe



Image by [Tumisu](#) from [Pixabay](#)

4

**Sommer 2022:
heißester
Sommer in
Europa, mehr
als 60.000
hitzebezogene
Todesfälle**

**1. Juliwoche
2023: heißeste je
aufgezeichnete
Woche weltweit**

Quelle: ISGlobal 2023/
WMO 2023

Deutscher „Erdüber- lastungstag“ des Jahres 2023: 4. Mai

Wenn alle so
wirtschaften
(Ressourcen
verbrauchen)
würden, wie wir
in Deutschland,
bräuchten wir
3 Erden

Quelle: Global Footprint
Network 2023

i | ö | w

Wozu Klimaschutz? Zur Vermeidung einer ökologischen Katastrophe



Starkregen und Versiegelung führen in Berlin zu stark ansteigenden Schäden

"Wenn wir nicht genügend Prävention leisten, droht die Gefahr, dass das Risiko wie in Florida oder Australien in Teilen privatwirtschaftlich nicht mehr versicherbar ist."

Jörg Asmussen
Hauptgeschäftsführer GDV
10.07.23 Beitrag rbb24

Sommer 2022: heißester Sommer in Europa, mehr als 60.000 hitzebezogene Todesfälle

1. Juliwoche 2023: heißeste je aufgezeichnete Woche weltweit

Quelle: ISGlobal 2023/
WMO 2023

Deutscher „Erdüberlastungstag“ des Jahres 2023: 4. Mai

Wenn alle so wirtschaften (Ressourcen verbrauchen) würden, wie wir in Deutschland, bräuchten wir 3 Erden

Quelle: Global Footprint Network 2023

Image by [Tumisu](#) from [Pixabay](#)

5

i | ö | w

Zum Einstieg zwei Folien, die sowohl die klimawissenschaftliche Seite als auch die Sicht der Wirtschaft und danach den formalen Rahmen noch mal vorgeben, die uns alle ganz klar sagen, dass wir im Grunde keine Wahl haben, als anders zu reagieren, als diese Klimaneutralität zu erreichen. Die Klimawissenschaft ist sich da einig. Ich habe hier mal als ein aktuelles Ereignis nicht Ergebnisse des IPCC, sondern den sogenannten Erdüberlastungstag. Das heißt, wir haben unsere Erde schon am 4. Mai zu Ende genutzt mit dem, was uns eigentlich zur Verfügung steht, oder anders gesagt, bräuchten wir, wenn wir so wirtschaften wie in Deutschland, drei Erden. Die haben wir nicht. Die ganzen Extremwetterereignisse sind Ihnen allen völlig klar, es gibt immer wieder neue Zahlen dazu, heißester Sommer und extreme Niederschläge, Todeszahlen und so weiter. Darauf will ich gar nicht eingehen. Für alle die, die es mit der Klimawissenschaft nicht so genau nehmen und nicht so darauf hören, zitiere ich immer ganz gerne Stimmen aus der Wirtschaft, insbesondere aus der Versicherungswirtschaft, die nämlich auch mittlerweile ganz klar sagen: Wenn wir hier nicht umsteuern und nicht wirklich radikale Maßnahmen ergreifen, und zwar im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung, dann werden wir in Zukunft viele Bereiche nicht mehr versichern können. – Ein Zitat vom Hauptgeschäftsführer des Deutschen Versicherungsverbandes. Also insofern ist es auch hier neben der Wissenschaft ganz klar die Wirtschaft, die das immer stärker einfordert.

Warum Klimaneutralität? Inter/nationaler rechtlicher Rahmen verpflichtet!



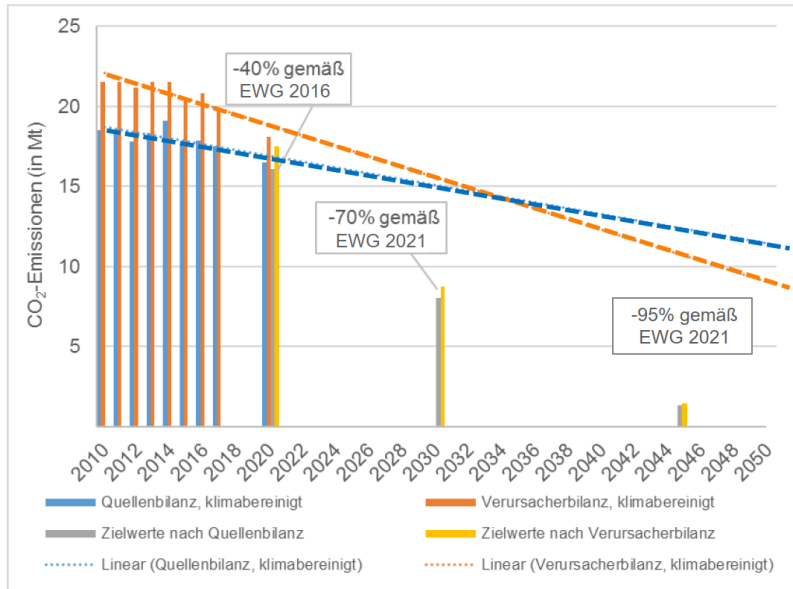
- **International / Völkerrechtlich**
 - Pariser Klimaschutzabkommen 2015
- **EU-Recht**
 - Green Deal 2019 / Fit for 55, Klimaschutzgesetz 2021
- **Bundesrecht**
 - Klimaschutzgesetz 2019 / 2021
- **Höchstrichterliche Verpflichtung**
 - Beschluss Bundesverfassungsgericht 2021
- **Landesrecht und Senatspolitik**
 - EWG Bln 2016 / 2021, Klimanotlage 2019, Senatsausschuss Klima
 - Aktuelle Zielwerte (ggü. 1990):
 - -70% CO₂ bis 2030, -90% bis 2040, -95% bis 2045

6

i | ö | w

Wir haben im Grunde, wie gesagt, keine Wahl. Der internationale Rahmen ist klar. Das Pariser Klimaschutzabkommen kennen Sie alle, das ist die völkerrechtliche Seite. Wir haben ein Klimaschutzgesetz auf EU-Seite, das das Klimaschutzabkommen nachzeichnet – auf Bundesebene natürlich auch, umgesetzt schon 2019 und nachgeschärft 2021. Nachschärfung war nötig, weil wir eine höchstrichterliche Entscheidung bekommen haben, die klar den Bezug zur Klimawissenschaft hergestellt und uns gesagt hat: Das, was damals im Bundesklimaschutzgesetz stand, hat nicht den Anforderungen, Klimaneutralität zu erreichen, genügt. – Deswegen wurde da nachgeschärft, und das zeichnet eben auch die Landespolitik nach mit dem, was an Novellen kam, so wie das Berliner Energiewendegesetz, das jetzt Klimaschutz- und Energiewendegesetz heißt, so wie es aufgesetzt wurde. Das zeichnet diese ganzen klimawissenschaftlichen und klimapolitischen Rahmenbedingungen nach. Ganz unten sehen Sie die Zielwerte, und ganz wichtig ist, sich den 2030er Zielwert immer wieder auf die Zunge zu legen. Wir haben uns hier in Berlin minus 70 Prozent vorgenommen, und das bedeutet, wir müssen heute anfangen, extrem schnelle, ambitionierte Maßnahmen in allen Sektoren zu ergreifen.

Wo stehen wir heute? CO₂-Emissionsentwicklung bei weitem noch nicht auf Klimaneutralitätspfad

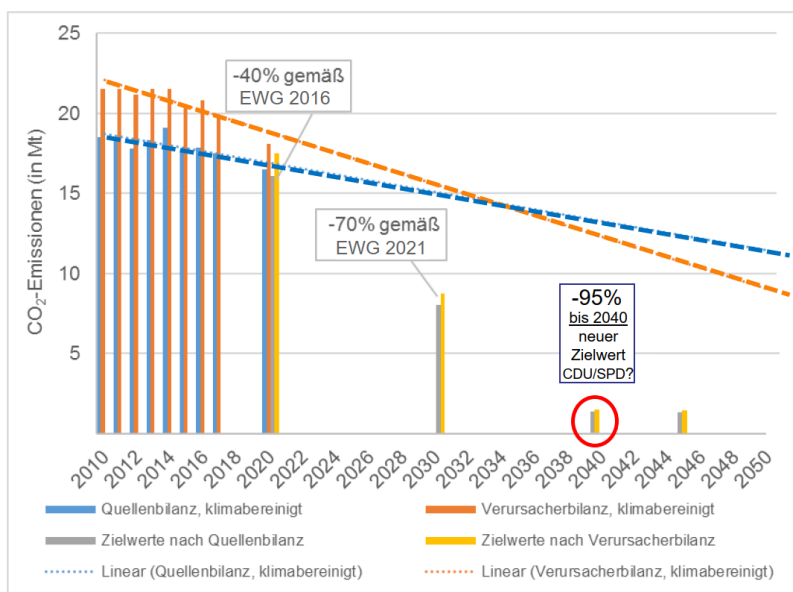


7

Quelle: Hirschl et al. 2021

i | ö | w

Wo stehen wir heute? CO₂-Emissionsentwicklung bei weitem noch nicht auf Klimaneutralitätspfad

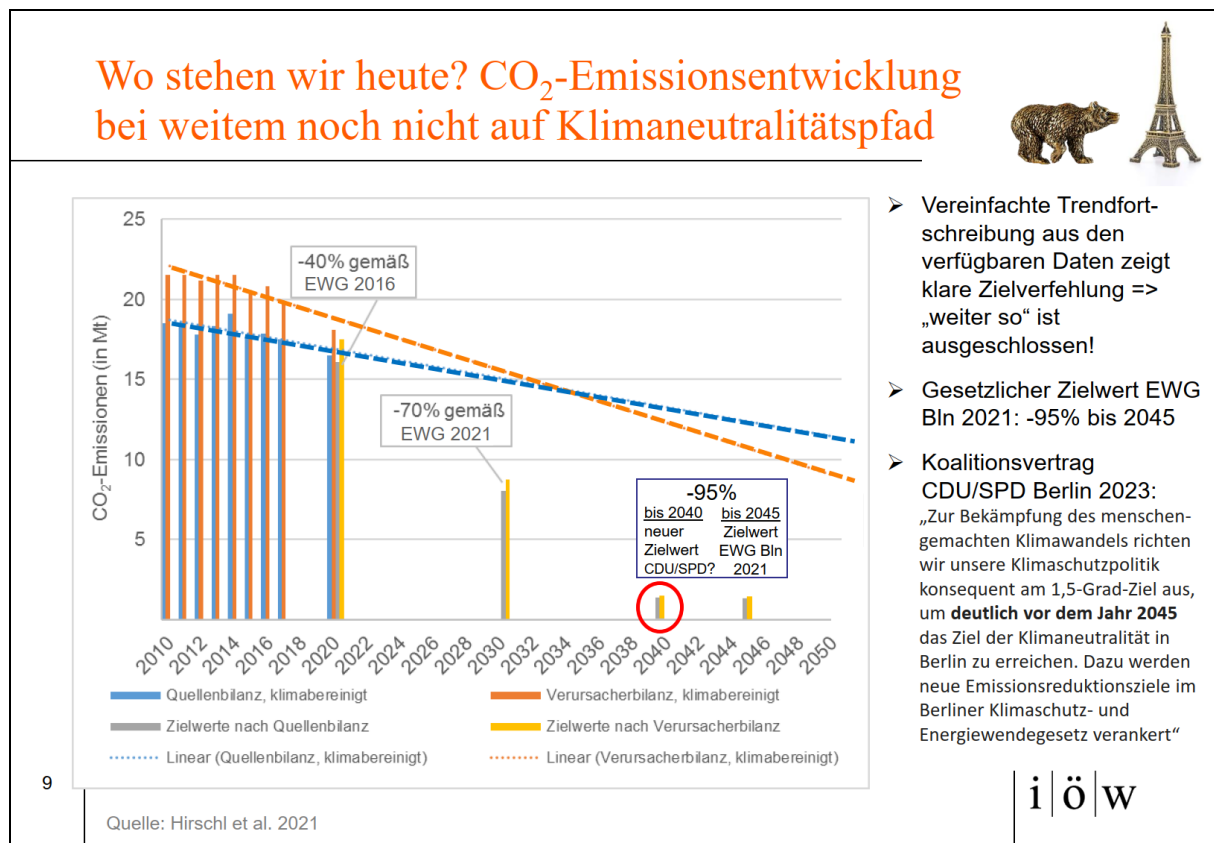


8

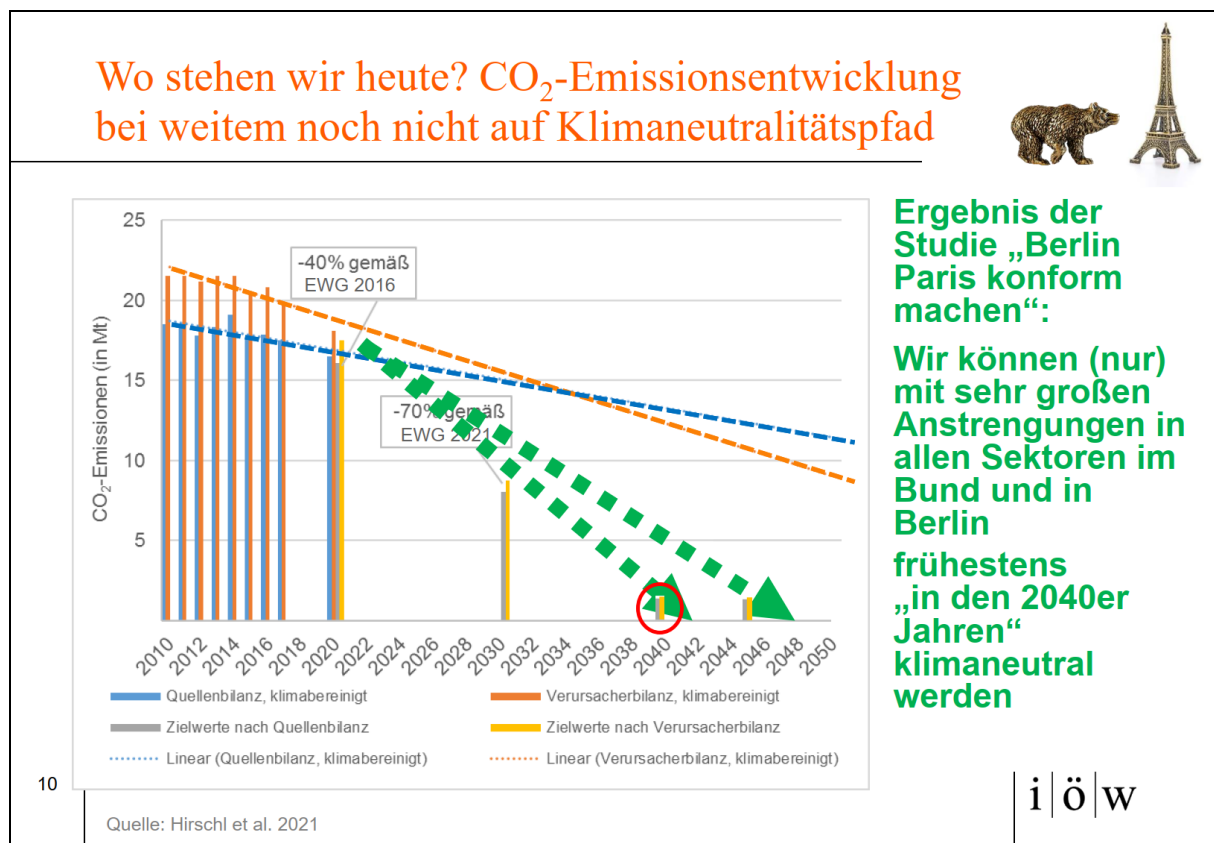
Quelle: Hirschl et al. 2021

i | ö | w

Warum wir das tun müssen, das sehen wir, wenn wir auf die Zahlen gucken, die Herr Geburek für den Ist-Zustand ausweist und die wir in unseren Szenarien dann in eine Projektion gebracht haben. Den 2020er Wert, den es mittlerweile als statistischen Wert gibt, haben wir damals anders und ohne die Coronawerte berechnet, weil Sie natürlich durch den Coronasondereffekt Einspareffekte haben, die sich in der Zeitreihe nicht seriös machen. Deswegen haben wir den Coroneffekt da rausgerechnet. Sie sehen an diesen Kurven, die einerseits – das haben Sie eben kennengelernt – die Quellenbilanz und andererseits die Verursacherbilanz darstellen mit etwas unterschiedlichen Verläufen, eine ganz klare Tendenz: Wir kommen damit nicht von alleine zum Ziel. Das heißt, wir sind nicht auf einem Zielpfad. Das ist das, was Sie hier erkennen können. Sie sehen hier die minus 70 Prozent abgebildet und dann das, was im Moment der Status quo ist. Minus 95 Prozent im Jahr 2045 ist der politische Zielwert. Dazu die Fußnote: Minus 95 Prozent wird nicht reichen. Das ist ein politisches Agreement, das auf falschen Annahmen basiert. Darauf können wir vielleicht nachher in der Fragerunde noch mal eingehen. Wir müssen an die 100 Prozent ran. 95 Prozent sind quasi von gestern, das ist nicht mehr up to date. Sie diskutieren deshalb richtigerweise, dass Sie diesen Zielwert vorziehen wollen.

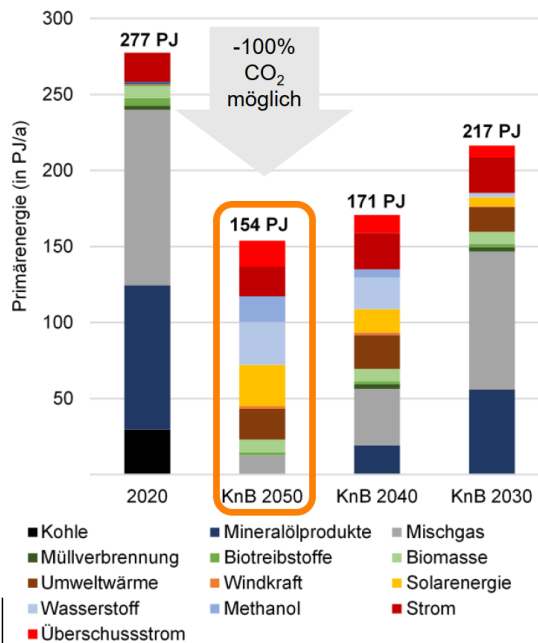


Ich blättere gleich mal weiter. Ich habe den Passus aus dem Koalitionsvertrag, den Frau Schreiner erwähnt hat, mal reingesetzt. Wenn man es vorzieht, dann wäre 2044 ein bisschen wenig ambitioniert, also habe ich hier mal 2040 eingezeichnet, was ja auch durchaus diskutiert wird. Da sieht man, wie ambitioniert das ist, aber es ist ein Pfad, der natürlich dem Minus-70-Prozent-Zielwert durchaus folgt.



Ich habe dazu jetzt mal die Ergebnisse der Studien unserer Szenarien eingetragen. Wir haben drei Szenarien entwickelt, eines mit der langen Frist – Langfrist war da mit 2050 gleichgesetzt –, dann 2030, wo wir geschaut haben: Was ist denn, wenn wir von dieser langen Frist, wo wir kaum Restriktionen haben, möglichst viel schon vorziehen, und wie viel können wir dann realistischerweise 2030 erreichen? – und dann ein 2040er Szenario zwischendrin. Die alle haben wir dann auch quasi lang gerechnet bis zum Zielzustand der Klimaneutralität. Sie sehen hier den Korridor, der mit den grünen Pfeilen eingezeichnet ist. Der zeigt uns, dass wir, wenn wir das ambitionierteste Szenario verfolgen, das Anfang der 2040er Jahre schaffen. Das war noch zu der Zeit vor der Ukraine-Krise. Durch die Krise, die wir da erlebt haben, und durch das, was wir da auch durchaus an positiven Dingen erleben durften – ich sage nur: LNG-Terminals und Ähnliches –, haben wir gesehen, dass es durchaus auch mal schneller gehen kann. Das haben wir damals in der Form noch nicht gehabt und waren da an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch ein bisschen konservativer. Das heißt, ich denke schon, dass 2040 durchaus realistisch ist, aber eben nur, wenn wir in allen Sektoren sehr ambitioniert unterwegs sind.

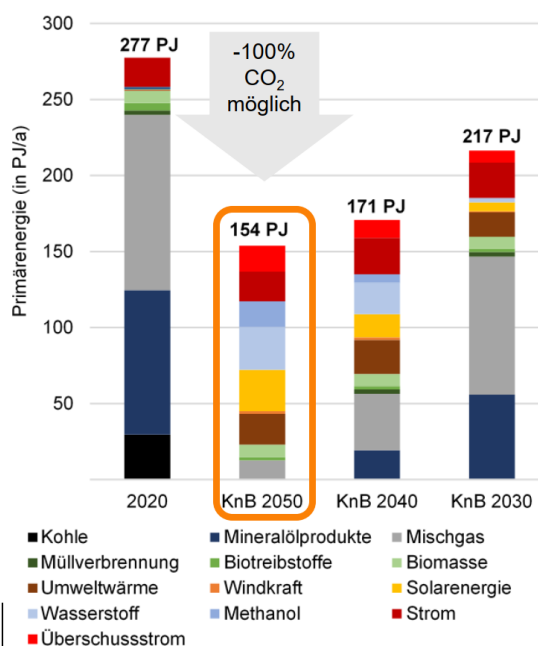
Ergebnisse der Szenarien: Primärenergieträgerentwicklung – Fokus Klimaneutral-Szenario



11

i | ö | w

Ergebnisse der Szenarien: Primärenergieträgerentwicklung – Fokus Klimaneutral-Szenario



Wichtige Charakteristika des Langfristszenarios – jetzt bis 2040/2045 zu erreichen

- Annähernde **Halbierung des Energieverbrauchs** nötig
- **Strom** wird der zentrale Energieträger
- **Solarenergie, Umwelt- und Abwärme** werden zentrale urbane Energiequellen, Geothermie konsequent trinkwasserschonend nutzen
- **Wärmewende dezentral:**
 - Wärmepumpen für Gebäude und Quartiere – auch im Bestand in vielen Fällen einsetzbar!
 - Energetische Sanierung MUSS gesteigert werden – sozialverträglich, mit Förderungen von Bund und Berlin
- **Verkehrswende:** Priorität auf Umweltverbund & Elektrifizierung

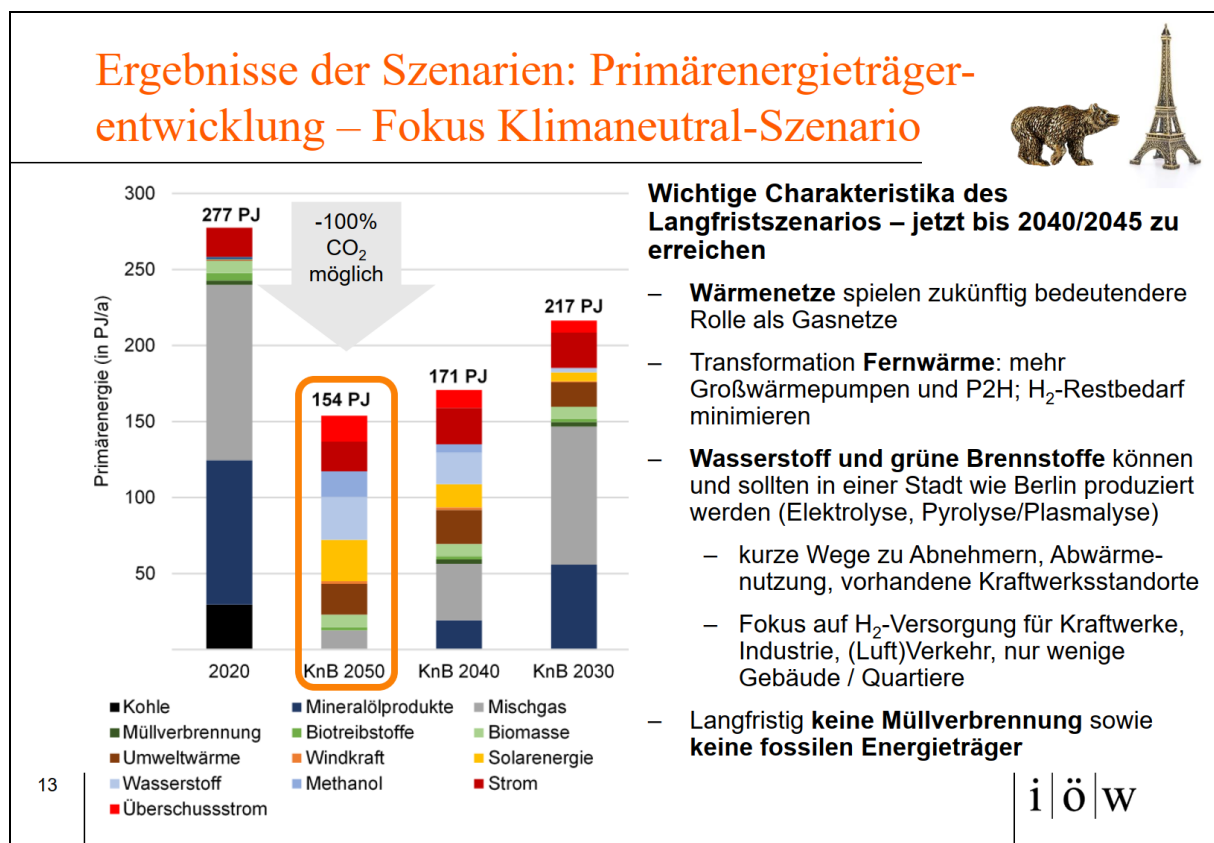
12

i | ö | w

Der Zielzustand sieht so aus – und hier schauen wir jetzt nur mal auf das 2050er-Szenario –: Sie sehen, die Energieträger – das ist das, was Herr Geburek Ihnen eben auch präsentiert hat; Primärenergiebilanz ist hier ganz wichtig. Wir haben in dem Szenario natürlich auch lauter Einzelbeschreibungen für alle Sektoren. Das heißt, Sie finden dort die Zukunftswelt aller Sektoren, aber hier sehen Sie die Primärträgerübersicht, und Sie sehen, dass wir ein anderes Spektrum bekommen werden. Hier noch mal die Information, dass Sie am Ende die Hälfte der Energie einsparen müssen, eine andere Energieträgermischung haben werden, aber die Energieträger, die dann da sind, haben tatsächlich die Möglichkeit, minus 100 Prozent CO₂ hinzubekommen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Herr Prof. Dr. Hirschl! Ich unterbreche Sie sehr ungern, und ich möchte auch nicht unhöflich sein. Aber wir haben vorhin ja gesagt, fünf Minuten, und Sie sind jetzt bei sechs Minuten.

Dr. Bernd Hirschl (Forschungsfeldleiter Klima und Energie am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH, Leiter Fachgebiet Management regionaler Energieversorgungssysteme an der Brandenburgischen Technischen Universität – BTU – Cottbus-Senftenberg): Gut! Ich nehme dann eine letzte Minute.



Schlüsselfaktor Klima-Governance



- **-70% bis 2030 mit Leben füllen – geht nur mit ALLEN Senatsverwaltungen, Sektoren & Bezirken**
- **Sektorzielwerte verankern und Erfüllung durch Klima-Senat einfordern**
- **Bezirke mitnehmen, ausstatten – und verpflichten**
- **Kooperation mit Brandenburg intensivieren (Windenergie, Wohnen und Mobilität, ...), Verzahnungen in der Umsetzung von BB-Klimaplan und -Mobilitätsstrategie**
- **Weiter Bürger/innen und Stakeholder intensiv beteiligen & bisherige Beteiligung stärker kommunizieren (z.B. Ergebnisse Klima-BürgerInnen-Rat)**

14

i | ö | w

Sie haben hier die Informationen darüber, welche Energieträger das sind. Nur kurz erwähnt: Es ist ganz klar, Strom wird dominieren, Solarenergie, Umwelt- und Abwärme werden wichtig, und Geothermie wird wichtig. Da sind Sie jetzt auf einem sehr guten Weg. Ich begrüße das sehr, dass Sie diese Schritte gehen. Wärmepumpen, energetische Gebäudesanierung – das ist alles, denke ich, völlig klar und unstrittig, das können wir in der Diskussion dann auch vertiefen.

Vielen Dank.

Prof. Dr. Bernd Hirschl
IÖW – Institut für ökologische
Wirtschaftsforschung, Berlin
und BTU Cottbus-Senftenberg

| i | ö | w

Ich habe eine abschließende Folie. Diese ganzen Vorhaben in allen Sektoren schaffen Sie nur, wenn Sie eine ambitionierte politische Governance aufsetzen, und da sind Sie in einer guten Struktur, die wir damals auch vorgeschlagen haben; Sie haben nämlich einen Klimasenat, aber Sie müssen die Bezirke mitnehmen, Sie müssen das Land Brandenburg mitnehmen und dort stärker kooperieren, und Sie müssen die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. So sind die ganzen Studien auch aufgesetzt gewesen, aber ich glaube, dass wir da noch ein Stück weit unter unserem Niveau, unter den Möglichkeiten bleiben. Wir haben zum Beispiel – das wissen die Menschen da draußen in der Breite gar nicht, ich weiß gar nicht, ob Sie alle hier das auf dem Schirm haben – auch den Klimabürger:innenrat mit sehr ambitionierten Maßnahmen, wovon ein Großteil auch in das BEK eingeflossen ist, aber das ist draußen, glaube ich, kaum bekannt. Das ist aber für die Akzeptanz total wichtig. – Das wäre mein Schlussstatement. Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Prof. Dr. Hirschl! – Das Wort erteile ich jetzt Herrn Heuser. – Bitte schön!

Tilmann Heuser (BUND Berlin e. V.; Geschäftsführer): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Guten Morgen auch von mir in die Runde und herzlichen Dank für die Einladung zur Anhörung zum BEK 2026! Ich habe die Reihenfolge getauscht, denn wir als BUND beziehen uns grundsätzlich auf die Wissenschaft und leiten daraus politische Forderungen ab, um die Zukunft von uns allen gemeinsam zu sichern. Deshalb kann ich auch die kurze Botschaft zum BEK an das Abgeordnetenhaus voranstellen: Ganz zügig beschließen – wir wissen ja, Umsetzungszeitraum 2022 bis 2026, wir sind schon mittendrin – und dann vor allem auch – und das gilt bei den Verhandlungen zum Doppelhaushalt, aber

auch bei vielen anderen Gesetzesvorhaben – dafür sorgen, dass wir hier konkret in die Umsetzung kommen! – Das große Manko des BEK wie auch vieler anderer Papiere ist: Wir haben viele gute Absichten, wir haben viele gute Maßnahmen, wir wissen, was wir tun müssen, aber wir müssen gucken: Wie bekommen wir das tatsächlich hin, und zwar – Herr Hirschl hat darauf hingewiesen – deutlich zügiger, als es bisher der Fall war, und mit deutlichen Änderungen in dem, wie wir bisher Politik, Verwaltung, aber auch politische Diskurse teilweise führen, und auch gemeinsam mit der Stadtgesellschaft?

Es ist deshalb ganz entscheidend, hier nicht allzu vertieft über die Einzelmaßnahmen zu sprechen – da kann man noch vieles diskutieren –, sondern vor allem darüber zu diskutieren: Wie bekommen wir das jetzt zügig hin? – Ganz konkret: Wie bekommen wir sehr zügig die Wärmewende, den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern, den Einstieg in die erneuerbaren Energieträger hin? Wie schaffen wir es, Konflikte, die teilweise auftreten, zu lösen? – Tiefengeothermie wurde schon angesprochen; natürlich sind die Wasserexperten nicht begeistert davon, natürlich gibt es hier teilweise auch Probleme und Herausforderungen. Da geht es darum, die sehr zügig anzusprechen und nicht lange Schleifen zu drehen, sondern hier auch Lösungen zu finden. Das Gleiche gilt für das Thema Windenergie. Da haben wir auch intern beim BUND Konflikte zwischen Naturschutz und Klima. Es geht aber darum, zügig diese Konflikte teilweise mitzubearbeiten, Lösungen zu finden, aber dann auch zügig in die Umsetzung zu kommen. Hier ist ganz entscheidend, aufbauend auf dem BEK eine entsprechende Umsetzungsstrategie zu erarbeiten.

Hierbei – deshalb hatte ich den Doppelhaushalt schon angesprochen – werden jetzt die Senatsverwaltungen und Bezirke mit in die Verantwortung genommen auf dem Papier. Deswegen geht es darum, die konkret in die Verantwortung zu nehmen, dafür aber auch seitens des Haushaltsgesetzgebers die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Deshalb wird beim Doppelhaushalt mitentscheidend sein, dass nicht nur hier das Klimareferat – ich möchte mich ausdrücklich bei Frau Züchner und ihrem Team bedanken für das Engagement bei der Erstellung des BEK und der Einbindung der Stadtgesellschaft –, nicht nur der Klimaschutz in der Senatsverwaltung massiv oder zumindest etwas gestärkt wird, sondern eben auch die anderen Verwaltungen gestärkt werden und ihre Verantwortung übernehmen, damit sie auch die Menschen dafür haben, die das umsetzen, also im Bereich des Schulneubauprogramms, der Schulsanierung auch wirklich dafür sorgen, dass Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel mitgedacht werden. Das betrifft genauso den Sportbereich, wenn es um die Sanierung von Sportstätten geht, dass wir endlich das zusammenbekommen, und die ganzen anderen Verwaltungsbereiche genauso. Die müssen jetzt konsequent mituntersucht werden, und es muss angegangen werden: Wie bekommt man jetzt diese Maßnahmen auch sehr konkret umgesetzt? Deshalb finde ich es auch gut – man kann hier auch mal die Senatorin und die neue Regierungskoalition loben –, dass es keine Prüfschleife für das BEK gibt, sondern dass es jetzt darum geht, dieses zügig zu verabschieden und anzugehen und hier jetzt in die weitere Diskussion zu kommen.

Ich will noch kurz auf zwei Baustellen eingehen, einmal das Thema Wärmewende, erneuerbare Energien. Der entscheidende Punkt: Wir haben die Herausforderung Wohnungsnot, wir haben die Herausforderung demografischer Wandel, wir haben die Herausforderung energetische Sanierung. Das heißt, wir müssen nach dem BEK die Sanierungsrate bis 2030 verdrei- oder vervierfachen. Wir müssen es zusammen denken. Wir brauchen endlich diese konsequente integrierte Herangehensweise, wo auch die Stadtentwicklungsverwaltung sagt: Ja, wir

müssen vor allem auf den bestehenden Gebäudebestand setzen, als immer neue Diskussionen über neue Stadtquartiere zu führen, denn hier liegt das eigentliche Potenzial. – Bauen und Wohnen gemeinsam mit Klimaschutz, aber auch den anderen Herausforderungen zu denken, ist hier der zentrale Ansatz, um Klima- und Wohnungsproblematik gemeinsam anzugehen.

Das Gleiche gilt auch für den Verkehr. Wir können lange darüber diskutieren, welche U-Bahn-Strecken vielleicht in der Zukunft sinnvoll und gut wären, aber wir brauchen konkretes Handeln jetzt. Wir müssen konkret den Umbau des Straßenraums voranbringen, da geht es nicht nur um den Radverkehr, sondern auch um den ÖPNV, Fußverkehr, Grün und anderes, und auch hier vorankommen. Wir müssen das Ganze aber auch insgesamt ehrlich betrachten: Was können wir uns im Rahmen des Berliner Haushalts tatsächlich leisten? – Wenn wir zum Beispiel sagen, wir setzen sehr stark auf Straßenbahn, hat das nichts damit zu tun, dass wir U-Bahnen irgendwie blöd finden, sondern es hängt entscheidend damit zusammen, dass wir sagen: Angesichts der geringen finanziellen Ressourcen, die das Land Berlin hat, geht es vor allem darum, jetzt zügig Verbesserungen im ÖPNV zu bekommen. – Deshalb ist vielleicht auch hier ein ganz entscheidender Punkt – auf Bundesebene wird gerade auch über den Fortbestand des 49-Euro-Tickets diskutiert –: Die zentrale Herausforderung, vor der wir heute stehen, ist nicht die Frage, welche Projekte im ÖPNV im Verkehrswegeplan angegangen werden, sondern wie wir es ganz konkret schaffen, jetzt die Herausforderungen in Sachen Personal, Bezahlung, Ausbau des ÖPNV-Angebots zu lösen. Wir haben einen chronisch unterfinanzierten ÖPNV, wo man jetzt herangehen und sich sehr darauf konzentrieren muss, für den Ausbau des ÖPNV – was auch mitangesprochen wurde – das notwendige Fachpersonal zu finden, zu gewinnen und dann in Einsatz zu bringen, denn nur Busse und Straßenbahnen, die fahren, helfen uns wirklich bei der Mobilität. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Heuser! – Herr Limburg, Sie haben das Wort!

Michael Limburg (EIKE e. V.; Vizepräsident): Herzlichen Dank für die Einladung! – Die erste Vorbemerkung ist, dass ich davon ausgehe, dass wir alle hier im Saal das Beste für Berlin, die Berliner und natürlich auch für Deutschland wollen, und das schließt mich ein. Die zweite Vorbemerkung ist, dass ich wohl mit Abstand der Älteste in diesem Saal bin und deswegen vielleicht auch in Richtung Klima ein bisschen Erfahrung mitbringe, was die letzten Jahrzehnte auf Berlin und Deutschland eingewirkt hat. Da möchte ich mit der guten Nachricht weitermachen: Es gibt keinen Klimanotstand. Es gibt keine Klimakatastrophe. Was es gibt, sind ein paar warme Sommer, und ich danke für die Bemerkung des Herrn von der CDU, der den Deutschen Wetterdienst zitiert hat. Den Daten des Deutschen Wetterdienstes können Sie entnehmen, dass die Sommer der letzten 30 Jahre wärmer geworden sind, und zwar im Schnitt mit 240 Sonnenstunden mehr – das habe ich auch in meinem schriftlichen Statement sehr genau ausgeführt –, interessanterweise nur die Sommertage, nicht die Sommernächte und auch nicht der Herbst und das Frühjahr und der Winter. Jetzt möchte ich meine Kollegen vom Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung bitten, doch mal herauszufinden, wie das Kohlendioxid diese Zaubertat hat machen können.

Jetzt komme ich zum eigentlichen Thema Berliner Klimaschutzprogramm und den zugrundeliegenden Gesetzen und dem daraus abgeleiteten Aufwand und möchte das in drei Fragen umformen, die es zu beantworten gilt, aus meiner Sicht jedenfalls. Die erste Frage lautet: Wie bewerten Sie die Zielsetzung im Berliner Klimaschutzprogramm hinsichtlich Sinnhaftigkeit und Realisierbarkeit? Wie bewerten Sie – die zweite Frage – den Einfluss des Berliner Klima-

schutzprogramms auf das globale Klima, und wie bewerten Sie die vielen Maßnahmen des begleitenden Klimaschutzprogramms – Sie nannten 71 Punkte und viele Unterpunkte – hinsichtlich deren Reduktionsmenge für das Erreichen der Klimaschutzziele, ihrer generellen Verbindlichkeit und der Wahrscheinlichkeit der tatsächlichen Umsetzung?

Alle drei Fragen lassen sich eigentlich schnell beantworten. So lautet die Antwort auf die erste Frage: Berlin kann die genannten Ziele in Bezug auf einen imaginären Klimaschutz, ob global oder lokal, niemals erreichen. Davon sind wir fest überzeugt, und das weiß auch jeder in diesem Saal. Klimaschutz gibt es nicht. Klimaschutz ist eine Chimäre, ein Wieselwort, und wer es nicht weiß oder vergessen hat, kann dies gerne in meinem langen Statement zu dieser Anhörung nachlesen. – [Ulker Radziwill (SPD): Das ist ja Lebenszeitstibitzen hier!] –

Und die zweite Frage: Es gibt auch keinen Einfluss auf das Weltklima, weder von Berlin noch von Deutschland noch von der EU noch von allen anderen.

Auch das weiß eigentlich ein jeder hier im Raum oder müsste es wissen, nicht nur deswegen, weil es kein Weltklima per Definition gibt, es gibt nur lokale Klimate, denn zur Erinnerung – ich darf Sie wirklich daran erinnern –: Wetter ist fühlbare, erlebbare Physik. Klima ist ausschließlich Statistik, also Mathematik, eine von Menschen ersonnene theoretische Struktur, um Wetterprozesse eventuell besser zu verstehen und die Welt, in der wir leben, ein wenig zu ordnen.

Weil sämtliche Maßnahmen, die im Antrag aufgrund des Berliner Energie- und Klimaschutzprogrammes genannt werden, umgesetzt werden sollen, keinerlei Einfluss auf die Temperatur, nicht in der Welt und nicht in Berlin, haben, beantwortet sich die dritte Frage eigentlich von selbst. Selbst wenn alle Maßnahmen, die Fülle der Maßnahmen, die da genannt werden, umgesetzt würden, was Sie noch verhüten können, ja müssen, nach meinem Dafürhalten, würden Sie weder am Weltklima noch am lokalen Klima das Geringste ändern, aber dafür, und das ist der eigentliche Punkt, unermesslichen Schaden anrichten. Darauf möchte ich im Folgenden kurz eingehen.

Allein die vom Programm erwarteten Verstärkungen und Beschleunigungen im Entwurf werden dort mit rund 2 Milliarden Euro angenommen, schließen aber bereits den Verkehrssektor aus, hätten aber durch das überlagerte EU-Programm Fit for 55 allein für Berlin Kosten und damit Wohlstandsverlust in Höhe von bis 40 Milliarden Euro bis 2030 zur Folge. Diese Summe entspricht fast dem des Berliner Staatshaushaltes, und was kriegen wir dafür? – Nichts, nämlich so gut wie nichts, denn die von der EU anvisierten 55 Prozent Absenkung – und Berlin will laut Entwurf sogar auf minus 70 Prozent kommen – kämen also noch viel teurer. Die von der EU anvisierten 55 Prozent Absenkung würden die globale Mitteltemperatur bis 2100 nämlich nur, und jetzt hören Sie bitte genau zu, um vier Tausendstel Kelvin senken, vier Tausendstel. Das zeigt eine Berechnung unter Nutzung des sowieso chronisch übertreibenden IPCC-Middle-of-the-Road-Szenarios. Sie können es auch unter SSP2 nachschauen. Das sind vier Tausendstel Grad. Das ist fast weniger als nichts, und auch das nur, wenn Berlin samt EU ihre Ziele von 55 Prozent bis 60 Prozent Absenkung erreichen würden und wenn auch der Rest der Welt mitziehen würde, was er nicht tut, was ich gleich noch zeigen werde.

Der Rest der Welt folgt nämlich diesem Beispiel nicht. China allein plant den Bau von Hunderten von neuen Kohlekraftwerken. Die gestrige Meldung, die ich gelesen habe: Allein im ersten Halbjahr 2023 wurden 52 Gigawatt an Kohlekraftwerken in China genehmigt, 52 Gigawatt. Das sind rund 52 Kohlekraftwerke à 1 Gigawatt, ungefähr die Summe, die wir noch in Deutschland haben. Alle asiatischen Staaten, Indien, Russland, der Rest der Welt liefern zwar Lippenbekenntnisse, aber handeln nicht danach. Im Gegenteil, sie steigern ihre CO₂-Emissionen beträchtlich, Jahr für Jahr auf jetzt 37 Milliarden Tonnen von ursprünglich mal 22,76 Milliarden Tonnen, während zeitgleich die EU ihre Emissionen von 3,87 auf 2,62 Milliarden Tonnen senkte, und Sie wissen das.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Herr Limburg, Entschuldigung! Sie sind bei sechs Minuten.

Michael Limburg (EIKE e. V.; Vizepräsident): Ich bin gleich fertig. Der Hauptgrund all dieser Maßnahmen hier in diesem Land ist eine wahnsinnig verteuerte Energie. Das ist gewollt, das wird sich auch nicht ändern. Deswegen denke ich, dass wir diese Maßnahmen nicht akzeptieren sollten, diesen Plan nicht umsetzen sollten, mit einer einzigen Einschränkung: Anpassungsmaßnahmen an die sich ändernde Klimaumgebung sind gewollt, gewünscht und ver-

nünftig, aber erst dann, wenn sie zu Schwierigkeiten führen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Limburg! Jetzt hat das Wort Herr Dr. Lippert. – Bitte!

Dr. Jörg Lippert (Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. – BBU; Leiter Bereich Technik, Energie, Klima; Besonderer Vertreter des Vorstands): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Sehr geehrte Abgeordnete! Guten Morgen auch von meiner Seite in die Runde, und vielen Dank für die Möglichkeit, heute eine kurze mündliche Stellungnahme zum aktuellen BEK für die Jahre 2022 bis 2026 hier im Unterausschuss abgeben zu können!

Vom Grundsatz her begrüßt der BBU das BEK als Programm zur Erreichung der Klimaschutzziele. Auch die umfangreichen und ambitionierten Einzelmaßnahmenvorschläge wurden vom BBU überwiegend begrüßt, insbesondere in der Onlinebeteiligung im März 2022. Der BBU hat damals 27 Kommentare zu den BEK-Maßnahmen abgegeben, auf die ich jetzt hier natürlich nicht im Detail eingehen kann, die ich aber zusammenfassen möchte.

Zu den übergeordneten Maßnahmen haben wir vier positive Kommentare abgegeben. Zum Handlungsfeld Gebäude und Stadtentwicklung haben wir naturgemäß die meisten, nämlich 15 Kommentare, abgegeben, und wir haben diese Maßnahmen ebenfalls überwiegend positiv bewertet, aber immer auch mit Hinweisen auf Konkretisierung sowie die Beachtung von Folge- und Wechselwirkungen versehen. 7 Kommentare haben wir zum Handlungsfeld Energie abgegeben, da die Klimaziele nur sektorübergreifend in direkter Kombination von Gebäudeoptimierung und Energieversorgung erreicht werden können. Diese Maßnahmen wurden vom BBU ebenfalls grundsätzlich begrüßt, aber zusätzlich mit Umsetzungshinweisen versehen. Ergänzend gab es noch einen eigenen BBU-Vorschlag, auf den ich jetzt eingehen werde, nämlich einen ganzheitlichen Fahrplan aufzustellen, der sich an der konkreten Wirksamkeit der Maßnahmen orientiert, einen Stufenplan enthält und die effizientesten Hebel als Erste nutzt. Warum? – Der BBU war auch in dem BEK-Vorprogramm in den Jahren 2017 bis 2021 in langen Gesprächsrunden und Diskussionen beteiligt. Damals ging es primär um eine Maßnahmenammlung, um allen interessierten Kreisen und Akteuren Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Schon damals kritisierte der BBU die fehlende Gesamtstrategie und die fehlende Prioritätensetzung trotz individueller Bewertung der Emissionsminderung der jeweiligen Einzelmaßnahmen. In der Auftaktveranstaltung zur Weiterentwicklung des BEK im September 2021 kündigte die damalige Umweltsenatorin Günther eine harte Evaluierung des alten BEK an und eine darauf aufbauende Neustrukturierung des neuen BEK, was wir damals sehr begrüßten. Das beauftragte Fachkonsortium hat im Anschluss in einem halben Jahr viele Empfehlungen abgegeben und erarbeitet, die man im März 2022 gesamtgesellschaftlich online kommentieren konnte. Dankenswerterweise wurden danach auch Anpassungen auf Basis der Beteiligung am BEK-Entwurf vorgenommen. Beispielhaft möchte ich dafür positiv unterstreichen, dass das Thema Klimaanpassung nun auch einen sehr wesentlichen Part im BEK gefunden hat. Aber auch nach der folgenden Überarbeitung durch die Senatsverwaltung fehlte erneut eine Gesamtstrategie, obwohl es als integriertes strategisches Energie- und Klimaschutzprogramm bezeichnet wird. Wie gesagt, viele wichtige und richtige Handlungsfelder, Schlüsselfaktoren und Maßnahmen wurden benannt, und Letztere sollen auch umgesetzt werden, aber es fehlt der Ablaufplan, ein prioritätensetzendes, strukturiertes Umsetzungsmodell

in Summe. Der Grund für die aus unserer Sicht notwendige Gesamtstrategie ist die Tatsache, dass aufgrund des Klimanotstandes, den wir schon sehen, die Klimaziele schnellstmöglich und mit hoher ganzheitlicher Effizienz erreicht werden müssen.

Besten Dank für die sehr umfangreiche Arbeit des Fachkonsortiums und der Senatsverwaltung am neuen BEK! Aber am Ende ist es aus unserer Sicht wieder nur ein Maßnahmenkatalog für Einzelhandlungsfelder ohne Gesamtstrategie. Gut ist aber immerhin auch, dass ein neues Steuerungsgremium eingerichtet wurde, ein neues Monitoring geplant ist und bei Bedarf eine Nachsteuerung erfolgen soll.

Noch ein weiteres Thema ist für den BBU von enormer Bedeutung, die Kostenauswirkungen und deren Finanzierung. Die BEK-Kostenschätzung geht von 2 Milliarden Euro Gesamtkosten für die vier Jahre Laufzeit ohne Handlungsfeld Verkehr aus, beruhend insbesondere auf dem Handlungsfeld Gebäude und Vorbildwirkung der öffentlichen Hand. Die Kostenauswirkungen auf Privathaushalte und Wirtschaftsunternehmen konnten laut der Vorlage – zur Beschlussfassung – gar nicht eingeschätzt oder beziffert werden. Dabei sind der Gesamtaufwand, die entstehenden Kosten und deren Finanzierung beziehungsweise Refinanzierung eines unserer größten Probleme in der Wohnungswirtschaft und auch in der gesamten Gesellschaft.

In der Kurzstudie der Berliner Initiative für die Wärmewende im Jahr 2020 wurden allein für die Kosten der klimaneutralen Sanierung des gesamten Berliner Wohngebäudebestandes 90 Milliarden Euro bis zum Jahr 2050 berechnet, das heißt, Investitionskosten von 3 Milliarden Euro pro Jahr allein für das Wohnen. 2 Milliarden Euro Gesamtkosten für vier Jahre für alle Handlungsfelder ohne Verkehr, aber inklusive Klimaanpassung versus 3 Milliarden Euro pro Jahr nur für das Wohnen beziehungsweise klimaneutrale Sanierung aller Wohngebäude – das passt nicht zusammen. Hier muss aus unserer Sicht neu gerechnet werden, denn Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit sind das größte Hemmnis. Selbst wenn realitätsnahe Kalkulationen vorliegen, weder die öffentliche Hand noch die Wirtschaft werden allein oder beide gemeinsam und zusammen den Aufwand bewältigen können. Staat, Wirtschaft und Bevölkerung sollten bereit sein, gemeinsam und ausgewogen die Lasten zu tragen, denn nur so schaffen wir es tatsächlich, die Klimaschutzziele zu erreichen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Lippert! – Jetzt kommen wir zur Aussprache und zu den Fragen der Ausschussmitglieder beziehungsweise Beantwortung durch die Anzuhörenden. – Herr Koçak! Sie haben das Wort. Bitte!

Ferat Koçak (LINKE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Senatorin! Liebe Gäste und Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Parteien! Ich hoffe, Sie alle hatten einen erholsamen Sommer ohne extreme Hitze, Waldbrände, Starkregen, Überflutungen, Hochwasser oder andere Folgen der Klimakrise als Folge eines Wirtschaftssystems, in dem Mensch, Tier und Natur für die Profite einiger weniger ausgebeutet werden. Hoffen ist gut, der Klimakrise entgegenzuwirken, besser. Daher bin ich froh, dass wir endlich dazu kommen, das BEK hier zu beraten. Für mich ergeben sich da einige Fragen.

An Herrn Geburek: Wie fließen die Emissionen des Flugverkehrs in die Statistik zu den Berliner Emissionen ein? Nach Berliner Energiewendegesetz sollen die Emissionen des Flughafens BER anteilmäßig auch Berlin zugerechnet werden. Inwiefern wird berücksichtigt, dass

Emissionen des Flugverkehrs eine nach Umweltbundesamt mindestens dreimal höhere Klimawirkung haben? Wird ein entsprechender Korrekturfaktor angewandt?

An Herrn Heuser: Inwieweit hat das 29-Euro-Ticket für alle in Berlin aus Sicht des BUND wirklich eine relevante Klimaschutzwirkung? Welche Vorschläge hat der BUND zur Tarifentwicklung, und wo sieht der BUND die Prioritäten im ÖPNV?

An Herrn Hirschl: Welchen Einfluss sehen Sie durch neue Regelungen des Bundes und der EU, zum Beispiel im Gebäudebereich, auf die Maßnahmen des BEK und deren Priorisierung? Können Sie bitte noch etwas zur Rolle von Wasserstoff, der zwar auch kritisch gesehen und nur begrenzt verfügbar sein wird, sagen? Mich würde auch interessieren, warum aus Ihrer Sicht die Wasserstoffproduktion in Berlin angesiedelt werden sollte. Haben Sie da bestimmte Standorte im Blick?

Eine Frage an Herrn Hirschl und Herrn Heuser: Welche Empfehlungen haben Sie zur sozialverträglichen Umsetzung der erforderlichen Klimaschutzmaßnahmen?

Zu guter Letzt habe ich noch einige Fragen an Sie, Frau Senatorin: Was für eine Rolle spielt die Blackbox Sondervermögen 10 Milliarden Euro im Zusammenhang mit der Erreichung unserer Klimaziele und somit auch bei der Umsetzung des BEK? Wann erfahren wir, wofür dieses Geld verwendet werden soll?

Auch im neuen Haushalt priorisieren Sie den Ausbau der Solarenergie, so auch im BEK festgeschrieben. Wie möchten Sie das Problem der unzureichenden Fachkräfte zur Umsetzung der Ziele beim Ausbau der Solarenergie lösen? Ansonsten bleibt es nur ein Wunsch und kann gar nicht umgesetzt werden.

Unter R2G hatten wir den Punkt des Berliner Klimabürger:innenrats zur A 100 ins BEK aufgenommen. Wir haben alle Punkte des Klimabürger:innenrats ins BEK mit aufgenommen, aber dieser Punkt interessiert mich besonders, und zwar hatte der Klimabürgerinnen- und Klimabürgerrat gesagt, das Land Berlin soll sich zur Erreichung seiner Klimaziele auf Bundesebene dafür einsetzen, die A 100 nicht auszubauen. Ganz konkrete Frage: Möchten Sie die A 100 auch im 17. Bauabschnitt weiterbauen, oder halten Sie sich an die Entscheidung des Klimabürgerinnen- und Klimabürgerrats? Aktuell steht es noch so im BEK.

Dann eine ganz konkrete Frage: In welchen anderen Haushaltsplänen außer dem Einzelplan 07 sind noch Finanzierungen des BEK eingestellt? Wie werden Verwaltungsstrukturen angepasst? Wie wird die personelle Ausstattung in den Senatsverwaltungen und in den Bezirken zur Umsetzung der BEK-Maßnahmen aussehen? Vor allem ist mir hier wichtig, wie die Umsetzung in den Bezirken gestärkt werden soll.

Eine letzte Frage mit einer kleinen Bitte: Klimafolgenanpassung heißt auch, unsere Wälder zu schützen, in Zeiten der Klimakrise sehr wichtig. Nun wissen wir, dass beim Bau der Tangentialverbindung Ost eine große Fläche der Wuhlheide abgeholzt werden soll. Es gab gestern hier vor dem Abgeordnetenhaus einen Protest der Bürgerinitiative Wuhlheide mit circa 60 Personen. Der BUND war auch anwesend, unterschiedliche Organisationen. Die haben mir Unterschriften von einer Petition gegeben, und zwar 12 300 Unterschriften der Bürgerinitiative Wuhlheide. Ich habe versprochen, Ihnen die Unterschriften zu überreichen. Ich hoffe, dass

wir bei dem Thema noch weiter mit der Bürgerinitiative ins Gespräch kommen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Koçak! – Herr Freymark, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch für die Ausführungen insgesamt und die Möglichkeit der Diskussion! Vielleicht auch noch ein Dank vorangestellt an den Senat und an die Verwaltung, dass wir mittlerweile seit vielen Jahren ein BEK haben, das diskutabel ist. Auch wenn es kritische Punkte gibt, die hier zum Beispiel von Herrn Dr. Lippert eingespielt wurden, ist das etwas, worauf wir stolz sein dürfen und dankbar, dass wir die Möglichkeit haben, hier etwas fortzuschreiben.

Es ist offensichtlich, dass wir weitestgehend Einigkeit darüber haben, dass wir in Berlin bis 2030 CO₂ um 70 Prozent mindern wollen und gänzlich eigentlich bis 2045 verabredet, wo aber, glaube ich, bei vielen im Raum die Hoffnung besteht, dass diese Zielerreichung schon vorher möglich ist. Dass die BEK-Maßnahmen dafür die Grundlage bilden, ist mit Sicherheit auch großer Konsens. Deswegen ist es für uns als CDU-Fraktion, aber ich glaube auch als Koalition wichtig, dass wir tatsächlich in eine Konkretisierung kommen. Das bedeutet, dass wir konsequenter die CO₂-Effekte messbar machen, also konkretisieren und wenn möglich auch mit einem Preisschild und einem Zeitplan versehen, um die Umsetzbarkeit – A – realistisch zu gestalten, – B – transparent und – C – finanzierbar.

Das Zweite ist, dass wir auch den Wirtschaftlichkeitsaspekt immer wieder mit einfließen lassen. Ich glaube aber, dass uns das Sondervermögen Handlungsspielräume gibt, die keine Regierung jemals zuvor hatte. Zugleich wird aber deutlich, auch aus den kritischen Anmerkungen von Herrn Dr. Lippert, dass der aktuelle Haushalt, die aktuellen Budgetierungen für das BEK bei Weitem nicht annähernd das decken, das notwendig wird, um unsere Ziele zu erreichen. Prof. Dr. Hirschl hat es auch noch mal sehr deutlich ausgeführt. Das Diagramm ist eindeutig. Wenn wir den jetzigen Kurs fortsetzen, dann werden wir nicht mal 2060 klimaneutral sein. Deswegen ist es umso wertvoller, dass wir das Sondervermögen auf den Weg bringen. Ich verstehe übrigens auch die Kritik von Oppositionsfraktionen, die sagen: Da ist noch gar nichts Konkretes – oder: Das wünschen wir uns noch. – Ich würde womöglich, wäre ich noch in der Opposition – – Gott sei Dank bin ich es nicht und möchte da auch erst mal nicht hin. Aber wir haben die Gelegenheit, das jetzt auszugestalten und miteinander zu diskutieren. Da muss man schon sagen, erst mal einen sicheren rechtlichen Rahmen zu setzen, ist das eine, das dann in einer Koalition stimmig zu machen, ist das andere, und dann Stadtgesellschaft und Parlament adäquat und ordentlich zu beteiligen, ist, ehrlich gesagt, Anstand und unsere gemeinsame demokratische Pflicht, der wir auch nachkommen wollen.

Inhaltlich ist es so, dass das Sondervermögen jetzt schon in Klimaneutralität und Klimafolgenanpassungen aufgeteilt ist, in einige Segmente, und – Herr Dr. Lippert, das werden Sie vernommen haben – der Gebäudebereich dabei eine wesentliche Priorität hat. Deswegen wird es wichtig sein, dass wir das Sondervermögen – A – auf den Weg bringen und – B – wirksam werden lassen.

Ich habe gerade schon kurz gesagt, dass die CO₂-Reduktion zur Zielerreichung bei uns im Fokus steht. Ich will es wirklich noch mal sagen: Am besten wäre es, wir hätten eine Übersicht, wo wir für jede Maßnahme einen konkreten Fahrplan und ein konkretes Preisschild ha-

ben, denn ich sehe an der Entwicklung der letzten Jahre, dass wir sehr viel Fließtext haben, was auch hilfreich ist. Was uns aber, glaube ich, noch mehr hilft, ist, es konkreter und sichtbarer zu machen, sodass auch die Bevölkerung transparent überhaupt einschätzen kann: Wie läuft denn das? – Am Montag hatte ich 20 Schülerinnen und Schüler zu Gast und habe die mal gefragt: Wie hoch, glaubt ihr, ist die CO₂-Reduktion in Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland? Keiner kannte die Zahl. Niemand hatte einen Überblick darüber. Es ist eigentlich eine fiktive, fast imaginäre Debatte, die wir konkretisieren müssen. Ich habe drei von fünf Anzuhörende so verstanden, dass sie sagen: Bitte, machen Sie es! Bitte, setzen Sie es um! Bitte, werden Sie konkreter!

Herrn Geburek habe ich so verstanden, dass er uns ein Angebot macht, den Überblick über das zu geben, was statistisch notwendig ist. Meine konkrete Frage – Herr Geburek, das haben Sie sich bestimmt für die Fragerunde aufgehoben – ist: Welchen Beitrag können Sie noch konkreter liefern? Haben Sie womöglich schon Einschätzungen aus Ihren Zahlen? Können Sie bestätigen, was Herr Prof. Dr. Hirschl gesagt hat? Hat er die richtige Interpretation Ihrer Zahlen vorgenommen? Ich vermute, ja, aber nichtsdestotrotz will ich Sie in das Gespräch stärker mit einbinden.

Vielleicht abschließend: Ich glaube, der technologische Fortschritt hilft uns auch, deutlich zu machen, dass wir nicht nur konsequent CO₂ reduzieren, das ist richtig, sondern dass wir auch deutlich machen: Wir können als Metropolregion mit Brandenburg gemeinsam, auch mit anderen Bundesländer – das Thema Wasser, Trinkwassersicherheit und -versorgung spielt auch eine Rolle – kooperativ arbeiten, aber dass wir auch Vorbild sind, Vorbild in der Bundesrepublik Deutschland, Vorbild aber auch in Europa und der Welt. Deswegen ist es nicht nur eine Frage der Reduktion, sondern auch eine Frage: Welche Erkenntnisse können wir mit dem von uns generierten Wohlstand, dadurch, dass wir uns mehr CO₂ nehmen, als uns pro Kopf weltweit eigentlich zusteht – Diese Verantwortung will ich auch übersetzt wissen in: Was ist unser Beitrag, um anderen dabei dienlich zu sein, CO₂ zu reduzieren? – Das ist uns als CDU-Fraktion wichtig.

Die letzte Frage an alle: Wie kann eine konstruktive Mitarbeit, lieber Herr Heuser, Herr Hirschl, Herr Dr. Lippert, aus Ihrer Sicht gegenüber dem Senat aussehen? Wir wissen, der Alltag, gerade in so einer Senatsverwaltung, ist doch sehr umfassend, und die Frage, ob man sich auch mal Zeit nimmt, gemeinsam zu denken und Dinge fortzuschreiben, kann zu kurz kommen. Deswegen meine Frage: Wie kann Ihr konkreter Beitrag aussehen?

Liebe Frau Senatorin! Liebe Frau Staatssekretärin! Wann kommen wir in eine Konkretisierung, in einen richtigen Maßnahmenplan, der für alle die Transparenz herstellt, die wir uns gemeinsam wünschen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Frau Vierecke, bitte!

Linda Vierecke (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank für die allermeisten Ausführungen, die wir gehört haben! Wir als Ausschuss sind federführend beim BEK, und ich denke, es ist unsere Aufgabe, das wirklich schnell auf den Weg zu bringen. Ich schließe mich dem großen Wunsch an, den wir haben, nach einer Konkretisierung der Fakten, der Datenlage, der CO₂-Einsparungsmöglichkeiten.

Dahingehend wären meine Nachfragen an Herrn Geburek: Welche Hauptschwerpunkte sehen Sie bei dem Ziel der weiteren CO₂-Reduzierung für die gesetzlichen Ziele Berlins, und inwiefern sind Sie in die Erarbeitung des BEK sowie beim Monitoring des BEK eingebunden, um das noch ein bisschen handfester zu haben? Haben Sie eventuell aus den Zahlen heraus Empfehlungen für die Erstellung des BEK so, wie es jetzt vorliegt? – Das wäre die eine Seite.

Dann hat Herr Heuser gerade über die Zielkonflikte gesprochen, an die wir immer wieder stoßen. Ich glaube, das ist ein großes Thema. Auch Herr Lippert hat es gesagt. Da habe ich zwei Nachfragen an Sie. Die große Frage: Wie können wir diese Zielkonflikte auflösen? – Wir kennen es aus dem Bauen und Artenschutz, das ist eine Sache, Sanierungen, die alle superwichtig sind, auch die Energiesanierung. Wo gibt es eine Möglichkeit, diese Konflikte zusammenzubringen, denn wir brauchen wirklich das Zusammengehen?

Meine Nachfrage an Prof. Dr. Hirschl: Sie haben gesagt, dass dieser Zielwert 2040, deutlich vor 2045 – – Wir nehmen jetzt mal 2040, und es ist mir und uns als SPD-Fraktion auf jeden Fall ein großes Anliegen, dass wir schneller werden. Können Sie es noch mal genauer sagen? Würde uns dieses Ziel 2040 retten? Was würde es konkret bedeuten? Sind wir aus dem Schneider, wenn wir uns dieses ambitionierte Ziel stecken und dann nach und nach daran arbeiten, es zu erreichen?

Herr Lippert! Eine Frage an Sie zu den Zielkonflikten: Der Mieterinnen- und Mieterschutz ist uns als SPD immer extrem wichtig. Am Ende muss einer die Energiesanierungen bezahlen, die anstehen. Welche Möglichkeiten sehen Sie? Haben Sie von vornherein auf dem Schirm, dass das eine große Priorität haben soll? Natürlich dürfen am Ende beim Klimaschutz nicht die Menschen das zahlen, die es sich vielleicht nicht leisten können, sondern wir müssen uns das Geld an anderer Stelle holen. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Vierecke! – Herr Hansel, Sie haben das Wort.

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die bereits Angehörten! Die Frage von Herrn Koçak hat schon ein bisschen darauf hingewiesen, worauf einiges zielt. Auch von den Grünen kennen wir es so ein bisschen, wohin es gehen soll, nämlich eigentlich Schrumpfung. Herr Heuser und Prof. Dr. Hirschl haben gesagt, wir müssen Energie sparen, unabhängig von den anderen zur Erreichung der Klimaziele. Das heißt, das Thema Wachstum ist nicht mehr angesagt. Das funktioniert nicht mit Energieeinsparung in diesen Zielen, wie sie vorgegeben sind. Ich glaube, das muss man erst mal zur Kenntnis nehmen. Flugverkehr abschaffen, wie es teilweise von der Linkskoalition gewollt worden ist, wird auch nicht funktionieren. Es war übrigens eine lustige Begründung, Tegel zu schließen, dass man gesagt hat: Wenn Tegel geschlossen ist, sind wir in Berlin klimaneutral. Also gehen wir nach Brandenburg, dann stört uns das nicht mehr so. – Das war eine der Begründungen des Senats. Das muss man noch mal in Erinnerung rufen, auch wenn ich gestern beim parlamentarischen Abend zur Vorstellung zur Urban Tech Republic war. Das ist ein schönes Projekt. Da wünsche ich dem Senat viel Glück bei der Umsetzung. Trotzdem war es aus unserer Sicht ein Fehler, Tegel zu schließen, weil der BER auf Sicht zu klein ist.

Aber zu unserem Thema. Wenn Sie die ausschließliche Reduzierung der gesamten klimapolitischen Maßnahmen auf CO₂ wirklich ernst meinen, Herr Prof. Dr. Hirschl und Herr Heuser, dann würde ich Sie ganz gern fragen: Wie funktioniert das ohne Kernenergie? Wir schauen

uns in Europa um: In Finnland gibt es gerade das neueste Kernkraftwerk der Welt. Da ist viel, was passiert. Wir wissen, Frankreich revitalisiert und baut die Kernenergie aus. Wir kennen zwar die Probleme, die sie auch in Frankreich lange Zeit hatten aufgrund des Verschleißes: Die Themen der Aufrechterhaltung, der Sicherheit der Kernkraftwerke und des Verschleißes sind vernachlässigt worden–, aber jetzt haben sie gemerkt, es geht nicht ohne. In England wird etwas gebaut, in Polen sechs Kernkraftwerke. Wenn Sie CO₂ wirklich als die Ursache für den Klimawandel nehmen, wenn Sie das selbst ernst nehmen, wie soll das ohne Kernenergie funktionieren?

Zu Herrn Limburg: Ich habe das Statement, das er uns vorgetragen hat, auch gelesen. Ich kann jedem empfehlen, mal eine andere Sicht auf das Thema zu bekommen. In fünf Minuten ist das, wenn man eine andere Sicht auf die Dinge hat, nicht ganz so einfach. Ich habe die Frage: Sie haben erklärt, dass die Berliner Bemühungen um Klimaschutz, die Treibhausgase zu senken, gegen das Gebot der Verhältnismäßigkeit verstoßen würde. Treibhausmissionen werden möglicherweise minimal gesenkt. Was ist aus Ihrer Sicht unverhältnismäßig und damit sogar verfassungswidrig? Wir haben gehört, es gibt diesen Beschluss vom Bundesverfassungsgericht. Da ist, glaube ich, das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Zweitens: In Ihrem Statement kommen Sie auf eine Zahl von 40 Milliarden Euro. Im Antrag wird von 2 Milliarden Euro gesprochen. Woher haben Sie Ihre Zahlen? Das würde mich interessieren.

Drittens: Diese 0,004 Kelvin, die Mitteltemperatur, die möglicherweise durch das EU-Fit-for-55-Programm – – Können Sie das vielleicht noch ein bisschen erläutern? Ich glaube, das ist vielleicht zu kurz gekommen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Hansel! – Herr Dr. Taschner, bitte!

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich, dass wir heute dieses wichtige und dringende Thema BEK hier im Klimaschutzausschuss aufgerufen haben. Ich freue mich, dass zumindest die Abgeordneten der Koalition dies hier in dem Ausschuss erkannt haben. Leider kann ich das nicht für alle anderen betroffenen Ausschüsse sagen. Da hakt es noch ein bisschen. Da könnten Sie vielleicht noch mal bei Ihren Koalitionskollegen nachhaken, dass wir das BEK möglichst auch dort zügig besprechen. Theoretisch können wir es hier im Federführenden durchziehen. Im Januar ist es eingegangen. Die Fristen wären abgelaufen. Aber ich denke, uns liegt allen daran, dass wir wirklich in allen Fachausschüssen dieses Thema aufrufen und dort in seinem Facettenreichtum besprechen.

Eines ist klar: Das BEK ist sicherlich ein ganz wichtiger Baustein zur Erreichung der Klimaneutralität. Herr Hirschl hat es auch gesagt. Ich glaube, die Umsetzung der dort festgelegten Strategie und vor allem der konkreten Projekte, die drinstehen, ist aus meiner Sicht vielleicht sogar wichtiger als nur das reine Verkünden von irgendwelchen Sondervermögen, wo noch keine Projekte drinstehen.

Aber, Herr Freymark, ich habe gerade gehört: Alle Projekte, die daraus finanziert werden sollen, sollen mit dem Parlament und der Zivilgesellschaft diskutiert werden. – Da bin ich gespannt. Im Errichtungsgesetz lese ich das zwar noch anders mit dem entsprechenden Lenkungs- oder Entscheidungskreis über die Gelder. Auch wenn ich mir den Haushalt an-

schaue, habe ich das Gefühl, da sind schon einige Projekte auf das Sondervermögen gebucht, die bis jetzt noch nicht diskutiert wurden. Aber das werden wir zu gegebener Zeit sehen. Ich werde hier gern immer wieder daran erinnern, wenn Ihre Versprechungen nicht eingetreten sind.

Zu den Experten: Erst einmal möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei den vier Experten für Ihren wertvollen Input bedanken, den Sie uns gegeben haben. Ein paar Fragen habe ich mir auch aufgeschrieben. Ich fange mit Herrn Geburek an. Das knüpft ein bisschen an Herrn Freymark an, der sagt, wir wollen immer schauen: Wie viel CO₂ wird denn eingespart? Habe ich da ein Preisschild? – Da frage ich mich: Wie genau kann ich so etwas machen? Wenn ich ein Projekt habe, prognostiziere ich natürlich gern: So viel CO₂ spare ich damit ein. – Wie genau kann ich das eigentlich machen, so im Groben? Sicherlich gibt es Projekte, was weiß ich: Wenn ich den Ölkessel rausschmeiße, eine Wärmepumpe einbaue, habe ich es wahrscheinlich relativ einfach. Auf das BEK, aber auch auf das Sondervermögen, worin ein ähnlicher Mechanismus verankert sein soll – – Wie genau lässt sich so etwas prognostizieren, und wie gut lässt sich so etwas nachher monitoren? Was habe ich prognostiziert, was habe ich wirklich eingespart?

Dann noch zur CO₂-Bilanz: Wir hängen immer ein paar Jahre hinterher in der Erstellung. Haben wir mal Chancen, dass das vielleicht ein bisschen zeitnaher funktioniert? Wie sehen Sie die Möglichkeiten, vielleicht mit verbessertem Monitoring et cetera?

An Herrn Hirschl ein paar Fragen: Sie haben es schon angesprochen. Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat sich auf Bundesebene sehr viel getan. Mit der neuen Bundesregierung sind in einem relativ raschen Schritt neue Gesetze erlassen worden, Förderung von Solar, Einspeisung von Solarstrom ins Netz rentiert sich endlich mal wieder, et cetera.

Wie hat sich das auf die Baseline ausgewirkt, die wir im BEK mitziehen, die CO₂-Einsparung, die wir von der Bundesebene mehr oder weniger geliefert bekommen? Wie müssen wir vor allem das, was gerade auf der Bundesebene passiert, auf Berlin herunterbrechen? Wo müssen wir also weniger tun, weil die Bundesebene hier mit gesetzlichen Regelungen schon vorangeht und uns damit Probleme abnimmt, und wo müssen wir noch mal gezielt verstärken? Das heißt, wo können wir noch drauflegen, entweder indem wir mit Geld reingehen oder indem wir möglicherweise noch mal ordnungsrechtlich reingehen?

Dann wollten Sie uns ja noch erklären, warum die 100 Prozent so wichtig sind. Deswegen frage ich danach noch mal, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, darauf zu antworten.

Letzte Frage zur Dekarbonisierung der Fernwärme, Vattenfall setzt in seinem Dekarbonisierungsfahrplan stark auf diesen grünen Wasserstoff: Wie sehen Sie das eigentlich? Ist das wirklich realistisch? Kriegen wir den in der Menge zur Verfügung? Ist der überhaupt bezahlbar, oder ist das im Moment so ein bisschen eine Wette auf die Zukunft, wo es keiner weiß? – Vielleicht, Herr Heuser, können Sie sich dazu noch etwas äußern, Sie haben die Wärmewende ja auch stark angesprochen.

Dann wurde von Herrn Heuser und Herrn Lippert noch mal sehr auf die energetische Sanierung, letztendlich auf die Emission aus dem Gebäude, abgezielt. Herr Heuser, dazu die Frage: Rentiert sich für Berlin so etwas wie ein Stufenmodell oder ein eigener Vorstoß, oder hoffen wir auf die Bundesebene, dass im Koalitionsvertrag etwas umgesetzt wird? Oder löst vielleicht die EU-Richtlinie, diese „Energy Performance of Buildings Directive“, unsere Probleme so ein bisschen raus? Auch da die Frage: Müssen wir als Berlin dazu vielleicht noch etwas auflegen, oder warten wir darauf, dass etwas passiert?

An Sie, Herr Lippert, die Frage nach dieser EU-Richtlinie: Wie steht die EU eigentlich zu dieser „Energy Performance of Buildings Directive“?

Zum Schluss noch an den Senat: Frau Senatorin, mich hat es gefreut, dass Sie so viel Lob für das BEK und somit für Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger im Senat geäußert haben. Sie haben in Ihrem Eingangsstatement auch noch mal genannt, was im Koalitionsvertrag drinsteht und was Herr Hirschl gesagt hat: Klimaziele noch mal anheben. Herr Hirschl hat auf 2040 abgezielt. Haben Sie eine Vorstellung, oder ist das erst mal Prosa im Koalitionsvertrag, und es wird noch ausdiskutiert, gewürfelt oder sonst was?

Die letzte Frage: Die kommunale Wärmeplanung ist sicherlich mit ein entscheidender Faktor, um in der Wärmewende voranzukommen. Wir haben mit dem Wärmekataster jetzt den ersten Schritt gemacht. Jetzt hört man, dass die kommunale Wärmeplanung kommen soll, sie soll ausgeschrieben werden, also von Externen gemacht werden, was vollkommen okay ist. Gibt es dazu schon einen konkreten Fahrplan? Wann kommt die Ausschreibung? Bis wann könnten wir mit den Ergebnissen aus diesem ausgeschriebenem Prozess rechnen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Taschner! – Ich bin auf der Redeliste und würde meine Rolle kurz vom Ausschussvorsitzenden zum Sprecher der Grüne-Fraktion für Naturschutz sowie für Ernährung und Landwirtschaft wechseln.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): In dieser Rolle würde ich gern ein paar Fragen an unsere Anzuhörenden stellen, an Herrn Heuser und an Herrn Prof. Dr. Hirschl, aber auch an Herrn Lippert.

Wenn es um den Klimaschutz geht, reden wir, finde ich, viel zu viel – könnte man sagen – über die energetische Gebäudesanierung und den Verkehr. Ich stelle mir die Frage: Warum reden wir kaum über die Landwirtschaft und die Ernährung? Bekanntlich werden durch die Landwirtschaft 20 Prozent der klimaschädlichen Emissionen verursacht. Man redet auch fast nur über das CO₂, wir reden nicht über Lachgas, Methan oder dergleichen, die noch schädlicher für unser Klima sind. Ich stelle die Frage an Herrn Prof. Dr. Hirschl: Haben Sie Untersuchungen und Studien dazu, dass man Vergleiche zieht? Dass man sagt: Wenn wir in zehn Jahren nicht mal 1 Prozent des Gebäudebestands hier in Berlin energetisch sanieren würden, könnte man parallel dazu mehr im Bereich der Landwirtschaft investieren, indem man Tomaten nicht aus Südspanien, von ein paar Tausend Kilometer weit weg, hierher holt und so weiter. Das war jetzt nur ein kurzes Beispiel. Gibt es Studien, die solche Maßnahmen miteinander vergleichen? Welche sind schneller umsetzbar? Welche sind effektiver? – Das würde mich interessieren.

An Herr Dr. Lippert eine Frage: Wie ist der aktuelle Stand der energetischen Gebäudesanierung in Berlin? Was für Vorschläge hat der BBU in diesem Bereich?

Herr Heuser, wir reden ja über den Klimaschutz und auch über die Klimaanpassung in einer Großstadt wie Berlin. Wir werden öfter heiße Sommertage, aber auch Starkregenereignisse haben. Was sagt der BUND zu den Klimafolgenanpassungsmaßnahmen in Berlin, seien es die Entsiegelung, mehr Stadtgrün, mehr Wasserbecken oder Wasserflächen in der Stadt? Wie bewertet der BUND das?

Ich habe ja gesagt, dass wir auch über die Landwirtschaft und unsere Ernährung reden sollten. Saisonale Produkte zu nutzen, würde auch das Klima schützen und würde helfen. Wir sollten auch über die Klimabildung beziehungsweise die Umwelt- und Naturbildung reden. Wir können über die Bildung Menschen erreichen. In dieser Hinsicht denke ich, dass das ein Gesamtpaket ist. Ich freue mich, dass sich viele Menschen in dieser Stadt einbringen. Soweit von mir als naturschutzpolitischer Sprecher der Grüne-Fraktion. Jetzt wechsele ich meine Rolle wieder zum Ausschussvorsitzenden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ich habe jetzt keine weitere Person auf der Redeliste. Dann würde ich das Wort an unsere Anzuhörenden erteilen. Diesmal fangen wir mit Herrn Dr. Lippert an. Es gab einige Fragen an Sie. – Bitte schön!

Dr. Jörg Lippert (Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. – BBU; Leiter Bereich Technik, Energie, Klima; Besonderer Vertreter des Vorstands): Vielen Dank! Das sind sehr interessante Fragen, die uns im Verband eigentlich auch tagtäglich beschäftigen. Zunächst einmal gehe ich auf die Frage vonseiten der CDU ein: Wie sollte man sich beteiligen? – Es ist natürlich immer ganz klar und deutlich, dass man nicht riesige Arbeitskreise bilden kann, in denen alle ewige Zeiten diskutieren und am Ende keine Ergebnisse oder Lösungen festgelegt werden, sondern man sich zur nächsten Sitzung verabredet. Das heißt aber trotzdem, dass man die relevanten Akteure in alle Aktivitäten einbeziehen muss.

Das Thema kommunale Wärmeplanung zum Beispiel, das angesprochen worden ist, klingt wie Versorgung. Es geht aber nicht nur um die Versorgung, es geht darum, wie beispielsweise der Verbrauch in den Gebäuden effizient gestaltet werden kann, wo welche Systeme Sinn machen, wo sie keinen Sinn machen, wo die Fernwärmenetzerweiterung oder die Nahwärmenetzerweiterung Sinn machen und wo nicht, wo möglicherweise dann andere Lösungen angeboten werden müssen. Deswegen muss man aus meiner Sicht alle relevanten Akteure – quasi Quelle und Ziel – in die Diskussion einbeziehen.

Das zweite Thema ist nicht nur inhaltlicher, sondern auch berechnungstechnischer Art. Wir haben über die Kosten, die Finanzierung und die Auswirkungen gesprochen. Es ist so, dass man in vielen Studien Berechnungen und Analysen sieht; die IBB hat gerade eine veröffentlicht. Wer es vielleicht weiß: Bis 2050 sind in Berlin 45 Milliarden Euro für Klimaneutralität auszugeben. Man sollte sich wirklich mal abstimmen, wie diese Berechnungen stattfinden, zum einen, was die Verbräuche und Bedarfe angeht, zum anderen, was die Emissionen angeht, aber auch, was den Aufwand und die Kosten, die daraus resultieren, angeht. Das wäre aus unserer Sicht sehr wichtig.

Zu der Frage aus der SPD-Fraktion zur sozialen Orientierung: Das ist ein enorm wichtiger Punkt. Ich bin völlig bei Ihnen, dass man den Menschen, die sich das finanziell nicht leisten können und die sozial in bedrohlichen Lagen sind, das nicht alles auferlegen kann. Denen muss man tatsächlich eine Unterstützung geben. Wir denken dabei sogar eher in die Richtung, die Subjektförderung wieder zu verstärken und individuelle Unterstützungen der Menschen zu organisieren. Insgesamt ist es aber so – das ist unser größtes Problem –, dass wir eine mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung sehen, diese Lasten und Kosten gemeinsam zu tragen. Alle sagen wir, wir müssen Klimaschutzziele und die Klimaneutralität erreichen, aber Kosten darf uns das nichts. Das kann es nicht sein. So werden wir das nicht hinkriegen. Man muss ein ausgewogenes Verhältnis schaffen, eine Beteiligung aller, der gesamten Gesellschaft, an diesem Aufwand, an diesen Lasten, an den Kosten. Man muss durch entsprechende Förderprogramme natürlich eine soziale Abfederung organisieren. Aber ich habe es ja schon gesagt: Die Förderung allein wird nicht dafür reichen, auch nicht die Objektförderung, diese Ziele im ausreichenden Maße finanziell zu unterstützen.

Zur Frage zur EPBD, der Europäischen Gebäuderichtlinie, vonseiten der Grüne-Fraktion: Wir haben da so ein Yin und Yang. Auf der einen Seite finden wir es sehr richtig zu sagen, wir müssen erst mal die Worst-Performing Buildings organisieren, sprich: Wo sind die größten Emissions- oder Verbrauchsschleudern, die man angehen muss? – Deswegen habe ich vorhin von Prioritäten gesprochen. Man muss die Dinge, die man analysiert, erst mal strukturieren und sagen: Dort sind die größten Hebel, und diese größten Hebel muss ich als erste angehen. Nicht sagen: Überall im Brei schraube ich an irgendwelchen Schrauben, deren Effekte möglicherweise sehr gering sind.

Insofern unterstützen wir die EPBD-Richtlinie. Auf der anderen Seite sagen wir aber auch im Sinne der Analyse: Wo sind die besten und die schlechtesten Objekte? – Zum anderen ist es so, dass wir sagen, dass man nicht jedes Gebäude – Sie wissen alle, wir haben Denkmalschutzobjekte, wir haben den Milieuschutz, wir haben die besonders erhaltenswerte Bausubstanz – nur individuell in den Blick nehmen kann. Man muss zum großen Teil auch Quartiere angehen und ausgleichende Maßnahmen an Nachbargebäuden und -objekten organisieren, um

solche schlechten Gebäude, die man nicht direkt massiv sanieren, modernisieren und energie-technisch umstellen kann, anzugehen.

Das passt im Prinzip zu der Frage, die der Ausschussvorsitzende gestellt hat. Man muss analysieren, was die größten Quellen, aber auch was die größten Potenziale, die wir brauchen, für die Energiewende sind. Dabei setzen wir sehr stark auf die kommunale Wärmeplanung, auf das Wärmekataster, dass man dann feststellt, wo man zuerst ran muss, was am meisten hilft, welche Energiesysteme am meisten helfen. Wir werden uns auf keinen Fall auf irgendein Einzelsystem stellen können, auch wenn wir für die Geothermie, Solarenergie und ähnliche Dinge sind. Wir brauchen aber Hybridsysteme, wir müssen alles kombinieren. Wir brauchen Sammelsysteme und Sammelspeicher, um am Ende wirklich den Bedarf, den wir immer noch haben werden, auch wenn wir die Verbräuche reduzieren müssen, zu bedienen.

Ich hoffe, damit habe ich jetzt alle Fragen, die in meine Richtung gestellt waren, beantwortet. Wenn nicht, dann bitte nachfragen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Lippert! – Herr Limburg, bitte!

Michael Limburg (EIKE e. V.; Vizepräsident): Herzlichen Dank! – Zunächst einmal: Ich bin wieder mal sehr beeindruckt, mit welcher Ernsthaftigkeit und welchem Fleiß die verschiedenen Einzelmaßnahmen und ineinander verzahnten Probleme angegangen werden. Ich muss aber sagen, dass es vielleicht doch mal ganz sinnvoll ist, einen Schritt zurück zu machen und zu sagen, was wir eigentlich erreichen wollen. Ich darf an Paris erinnern, das schließt jetzt an die Verfassungsmäßigkeit der Frage an, die Herr Hansel gestellt hat. Paris hat definiert, und das wurde quasi zum Recht hier erklärt, dass wir 1,5 Grad nicht überschreiten sollten, maximal 2 Grad. Da das nicht messbar ist – niemand weiß, wie man die Temperaturen bestimmt –, hat man sich des Tricks bedient, die CO₂-Emission zu senken, in der einigermaßen begründeten Annahme, dass die CO₂-Emissionen sich zum Naturhaushalt dazu addieren und dann die Konzentration des CO₂ beeinflussen. Die Konzentration des CO₂, diese 0,042 Prozent, die wir aktuell in der Atmosphäre haben, ist ja nach der Meinung der Treibhaustheorie der eigentliche Übeltäter. Die abzusenken, ist das Ziel.

Da komme ich zum Thema Verfassungsmäßigkeit zurück, zur Verhältnismäßigkeit dieser ganzen Gesetze und Vorgaben. Das Gebot der Verfassung schreibt einen legitimen Zweck vor – der könnte durch die Gesetzgebung geschaffen worden sein –, aber ebenso bindend sind die Geeignetheit, die Erforderlichkeit und die Angemessenheit. Wir haben ja schon festgestellt, dass Berlin die Welttemperatur nicht beeinflussen können wird und, wie ich mir ganz sicher bin, auch nicht die Berliner Mitteltemperatur von rund 9 Grad, die wir haben. Das wird nicht gelingen, egal, wie viel CO₂ wir absenken und die Verarmung in unserer Bevölkerung vorantreiben.

Ich bitte doch mal darum, mit mir einen Schritt zurück zu machen und sich etwas anzuschauen. Ich bitte darum, den Bildschirm anzuwerfen, damit Sie sehen, was ich Ihnen zeigen möchte. Was ich Ihnen dort zeige, sind die weltweiten Emissionen; gestern abgerufen. Es gibt eine wunderbare Website, die heißt „Our World in Data“. Da sehen Sie den Anstieg seit 1750, ganz steil ab 1950. Ich hätte jetzt noch Kyoto reinschreiben können und so weiter. Sie sehen also de facto einen ungebremsten Anstieg mit einer Einschränkung. Am Beginn von 2020 gab es einen kleinen Einbruch in den Emissionen. Sie wissen alle, worauf der zurückzuführen ist –

ich habe es hier noch mal herausgenommen –, das ist der weltweite Lockdown, der die Wirtschaft dazu zwang herunterzufahren. China hat damit begonnen, fast alle anderen haben es nachgemacht, mit der Ausnahme von Schweden. Dieser weltweite Lockdown hat schon enorme ökonomische Verwerfungen, insbesondere für die Länder, die nicht so gut betucht sind wie wir, hervorgerufen. Es betrug in der Menge 1,8 bis 2,4 Gigatonnen; da ist die Literatur sich nicht ganz einig. Egal, wie man es nimmt, 1,8 Gigatonnen sind etwa das 2,4-Fache der deutschen gesamten Emission, 2,4 Gigatonnen sind das 3,2-Fache. Das heißt, wir haben also de facto weltweit Deutschland mal 2,4 aus den Emissionen herausgenommen, Deutschland sozusagen plattgemacht, Frankreich gleich noch dazu und Italien auch, und haben eine Senkung der Emissionen erreicht.

Jetzt ist die Frage: Hat das irgendetwas an der Konzentration bewirkt? – Da muss ich Ihnen sagen, dass es das nicht hat. Das ist die aktuellste Grafik der CO₂-Konzentration. Was Sie da an Welligkeit sehen, sind die jahreszeitlichen Schwankungen, was wiederum zeigt, dass die Konzentration sehr schnell auf die jahreszeitlichen – Pflanzen erblühen, werden grün und verfallen wieder – Schwankungen reagiert. Sie sehen absolut nichts – nichts, gar nichts – an der möglichen Absenkung der Konzentration.

Hier noch mal in groß daneben: Auch da sehen Sie nichts, nichts im Jahr 2020, nichts im Jahr 2021 und so weiter, also das Zeitverhalten spielt da keine Rolle. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass selbst die Stilllegung von drei Ländern – Frankreich, Deutschland, Italien – nichts an der Konzentration ändern würde, was wiederum heißt: Wir kennen den natürlichen Kreislauf des CO₂ zu wenig, um festzustellen, wie hoch der Emissionsanteil der Menschheit insgesamt ist. Wir schätzen, 4 bis 5 Prozent, aber es dürfte nach diesen Angaben deutlich weniger sein. Das bedeutet, dass diese Gesetze, die Sie zur CO₂-Senkung machen, nicht geeignet sind, das Ziel zu erreichen. Damit entfällt also ein Punkt. Sie sind nach meinem Dafürhalten auch nicht erforderlich, weil sie die Welttemperatur überhaupt nicht beeinflussen. Angemessen in Bezug auf die Kosten – da kommen wir auf die 45 Milliarden Euro, die Sie eben zitierten, ich habe 14 Milliarden Euro allein für Berlin genannt, für den Bund und die EU ist es viel mehr – sind sie auch nicht. Das ist also der erste Punkt. Die Angemessenheit ist nicht gegeben, weil die Zielerreichung nicht vorhanden ist.

Mehrfach wurde hier erwähnt, wir wollen ein Vorbild sein. Ein Vorbild für wen eigentlich? – Wenn Sie sich in der Welt umgucken, dann sagt das Wall Street Journal beispielsweise, Deutschland macht die dümmste Energiepolitik der Welt. Die Chinesen lachen sich kaputt über das, was wir machen. Ich hatte gerade die 52 Gigawatt an Kraftwerksleistungen erwähnt, die allein im ersten Halbjahr dieses Jahres dort genehmigt wurden. Indien verbittet sich, dass man es in puncto Klima in irgendeiner Weise bevormundet.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Herr Limburg, Entschuldigung, Sie haben – –

Michael Limburg (EIKE e. V.; Vizepräsident): Entschuldigung! Ich wusste nicht, wie lange Sie Zeit haben.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Am Anfang der Anhörung hatten Sie die Möglichkeit für Ihre Präsentation. Jetzt gehen Sie bitte auf die Fragen ein, die Ihnen gestellt worden sind!

Michael Limburg (EIKE e. V.; Vizepräsident): Ja, gerne, mache ich ja! – Also hier sehen wir nichts.

Jetzt kommen wir zur zweiten Frage, die möchte ich am Schluss beantworten, ich habe sie zum Teil auch beantwortet. Das ist die Kurve, die das Verfahren SSP2 darstellt, business as usual, was die EU vorgestellt hat, sie wollen ja noch mehr erreichen, 55 Prozent bis 2030 abzusenken. Wenn Sie das rechnen, sehen Sie hier die Kurve der Temperaturerhöhung von 2000 bis zum Jahr 2100. Das endet bei 4,2 Grad Celsius oder Kelvin, besser gesagt, ohne dass die EU etwas machen würde. Wenn ich danebenstelle, wie die Kurve aussehen würde, wenn die EU das Ziel erreichen würde, dann sehen wir, dass die Kurve genauso aussieht. Diese Differenz, die man mit der Lupe suchen muss, sind 0,04 Grad. Das ist das offizielle IPCC-Szenario SSP2 und keine von einem Klimaleugner erfundene Darstellung. Das kann es nicht sein. Das wiederum bedeutet erneut, dass wir keinerlei Aussichten haben, dass dieses viele Geld, das wir da aufbringen und das, wie mehrfach gesagt wurde, von jedem aufgebracht werden muss, eine Wirkung haben wird. – Ich glaube, damit bin ich durch. Danke für die Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Limburg! – Herr Prof. Dr. Hirschl, Sie haben das Wort, bitte!

Dr. Bernd Hirschl (Forschungsfeldleiter Klima und Energie am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH, Leiter Fachgebiet Management regionaler Energieversorgungssysteme an der Brandenburgischen Technischen Universität – BTU – Cottbus-Senftenberg): Ich beginne mal mit den Bezügen zur Bundes- und EU-Politik, die sich in vielen Bereichen auswirken. Ein Bereich, den wir in den letzten Monaten sehr intensiv diskutiert haben, ist die Wärmewende, wo wir in Deutschland über das Gebäudeenergiegesetz erst mal nur den Teil Heizung kontrovers diskutiert haben, ein Lehrstück dafür, wie Kommunikation in die Hose gehen kann. Da wären diejenigen, die das ambitionierte Gesetz vorbereitet und vorgestellt haben, in der Pflicht gewesen, das besser zu kommunizieren. Aber wie das dann hinterher mit absoluten Falschinformationen zerredet wurde, zum Beispiel über Technologien, die eine Lösung darstellen, wie die Wärmepumpe! Die Wärmepumpe hat sich in den letzten Jahren enorm entwickelt und ist eine Lösungstechnologie, die weit über den Neubau hinaus in viele Bereiche des Bestands geht. Insofern haben wir Lösungstechnologien, deren Wirtschaftlichkeit im Übrigen gegeben werden kann, wenn wir das intelligent organisieren. Wenn ich Wärmepumpen mit entsprechenden Speicherkapazitäten einbaue, dann kann ich diese Technologie, die strombetrieben ist, benutzen, wenn das Stromsystem das Stromangebot bereitstellt. Das heißt, ich kann die auch systemdienlich fahren. Das müsste aber als Flexibilitätsleistung entgolten werden. Dafür haben wir die Rahmenbedingungen nicht. Das wird ja gerade parallel überarbeitet. Wir müssen also natürlich immer schauen, was auf der Bundesebene gerade in der Mache ist und müssen uns mit der urbanen Berliner Perspektive einbringen. Ich habe das Strommarktdesign angesprochen, das auch gerade in der Plattform diskutiert wird. Da sind aus meiner Sicht zum Beispiel urbane Interessen auch nicht so vertreten.

Um noch mal zur Wärmewende zurückzukommen, die jetzt nach der Sommerpause des Bundes auch wieder auf die Agenda kommt, im September wird das entschieden werden: An der Stelle ist in Bezug auf das Zusammenspiel zu schauen, wie ambitioniert dieses Heizungsgesetz denn wird, wenn wir jetzt mal nur diese Heizungsthematik nehmen. Die Rolle Berlins ist immer, das komplementär zu ergänzen. Da, wo Fehlstellen sind, wo für den Berliner Raum –

sei es die Sozialverträglichkeitsfrage, sei es die Wirtschaftlichkeitsfrage – ein Stück weit etwas fehlt, muss das für spezifische Anwendungen hier in Berlin ergänzt werden.

Wir haben jetzt gerade bei diesem Gesetz die Sondersituation, dass es noch mal verzögert wurde. Das heißt, wenn wir es, was einerseits durchaus vernünftig ist, an die kommunale Wärmeplanung koppeln, darf es andererseits nicht passieren, dass es zu Lock-in-Effekten kommt, dass in der Zeit fossile Heizungen verstärkt gekauft und nachgefragt werden. Hier muss Berlin also schauen, ob es über entsprechende Anreize oder doch über Vorgaben dafür sorgt, dass nicht falsche Wege beschritten werden. Denn – da kommen wir zu dem Punkt, da ist CO₂ nur ein Aspekt – dass die fossilen Energien aus der CO₂-Preislogik, aber auch aus der Knappheitslogik heraus, teurer werden, ist völlig klar.

Deswegen begrüße ich diesen Ansatz der Worst-Performing Buildings. Übrigens ist das ein Stufenmodell, das wir hier in Berlin entwickelt haben, das schon 2011 in einer wunderbaren Stakeholderallianz vorgeschlagen wurde und sich politisch nicht durchgesetzt hat, und jetzt auf der EU-Ebene angekommen ist. Dort ist die vernünftige Lösung letztendlich eingegangen, dass man mit den schlechtesten Gebäuden anfangen will, weil sie nämlich eine enorme Kostenbelastung und damit auch eine soziale Belastung für die Mieterinnen und Mieter, die darin wohnen, sind. Das heißt, wir müssen hier herangehen.

Gleich mal als Quernotiz zum Thema Einsparung: Einsparungen können sich natürlich an vielen Stellen auch lohnen, können wirtschaftlich sein, sind ein Wirtschaftsfaktor. Alle Sanierungsmaßnahmen, die wir machen, sind wertschöpfungsmäßig sehr positiv hier in Deutschland zu sehen und sind in Bezug auf die Einsparungen, die dann Mieterinnen und Mieter haben, auch sehr positiv zu sehen. Das heißt, hier müssen wir die Rahmenbedingungen auf der Bundesebene so stellen, dass das passiert, dass wir nicht in Lock-ins laufen und dass das dann auch im Schwesterbereich, im Strombereich, so aufgesetzt wird, dass wir wirtschaftliche Bedingungen bekommen.

Es gab mehrere Fragen zum Thema Wasserstoff. Auch da gibt es natürlich die vermeintliche Brücke zum Thema Wärme, weil viele Akteure sagen: Wenn wir Wasserstoff oder dann synthetisches Methan in die Gasnetze schieben, können wir doch alles so lassen, wie es ist. – Das wird nicht funktionieren, denn der Wasserstoff wird knapp bleiben. Es gibt zunehmend Studien über Projektionen, wie viel Wasserstoff woher geliefert werden kann. Dazu gibt es im Grunde drei Dinge zu sagen. Das eine ist: Es muss grüner Wasserstoff sein. Alles, was wir aus fossilen Energien dort gewinnen, wird weiter für Emissionen sorgen. Das heißt, wir brauchen konsequent grünen Wasserstoff. Wir sind also auf erneuerbare Energien angewiesen. Wir sind auch auf Lieferländer angewiesen, die nicht parallel ihre eigenen fossilen Energien in dem Stil verbrauchen, in dem sie das heute machen. Denn dann ist für das Klima nichts gewonnen. Wir brauchen also grünen Wasserstoff aus sicheren Ländern, aus Ländern, die wirklich selbst für eine grüne Transformation stehen. Das schränkt den Kreis deutlich ein, und das schränkt auch die kurzfristige Verfügbarkeit ein. Wir müssen also grünen Wasserstoff signifikant hier in Deutschland produzieren, wenn wir auf der sicheren Seite sein wollen, dass wir diesen Wasserstoff haben. Wir brauchen ihn für die Industrie, wir brauchen ihn für die Back-up-Kraftwerke, und wir brauchen ihn für gewisse Verkehrsbereiche. Das sind im Wesentlichen der Flug- und der Schwerlastverkehr. Dann hört es auch schon auf, weil dann nicht mehr genügend da ist. Wenn Sie sich mal die Mengen angucken, die die Industrie braucht und die wir für die Back-up-Kraftwerke und für die genannten Verkehrsbereiche brauchen, dann

werden Sie für den Wärmebereich und für andere Verkehrsbereiche, Pkw nichts mehr zur Verfügung haben. Das ist auch nicht notwendig und nicht sinnvoll, denn das Zeug wird teuer sein, einfach aufgrund der Knappheit der Verfügbarkeit.

Wir werden in Berlin sicherlich bedient werden. Die Diskussion über die Infrastruktur läuft so, dass in Berlin durchaus Wasserstoff anlanden wird. Wir werden den zu Kraftwerkstandorten führen, denke ich mal, wir haben ja hier keine große Industrie. Der wird für die Kraftwerke benötigt werden, und es wird ein Stück weit etwas ins Netz kommen. Wir sollten aber auch sehen, dass wir Wasserstoff hier in Berlin selber erzeugen, weil die Erzeugung über die entsprechenden Anlagen – das sind natürlich Elektrolyseure, das sind aber auch Pyrolyse- oder Plasmalyseanlagen, das sind hochinteressante Technologien – uns auf dem Weg in die Klimaneutralität helfen wird. Diese Dinger erzeugen auch wahnsinnig viel Abwärme. Deswegen macht es Sinn, weil ich Wasserstoff schwer in den Infrastrukturen bändigen kann – er ist sehr flüchtig –, zwingend darauf zu achten, kurze Wege zu haben. Das spricht dafür, dass ich ihn dort erzeuge, wo ich ihn brauche. Ich werde in Berlin Wasserstoff brauchen, dort sollen auch die Kraftwerke, die Back-up-Kraftwerke der Zukunft, stehen, auch in urbanen Räumen in Berlin. Auch die erzeugen wiederum Abwärme, die wir für die Fernwärme brauchen. Dadurch wird das Bild rund, dass wir auch eine Wasserstoffproduktion in Berlin haben. Dafür eignen sich unter anderem die Kraftwerkstandorte, die Klärwerkstandorte, es gibt sicherlich noch weitere. Das wird in Zukunft geprüft werden, dabei sind wir auf einem ganz guten Weg.

Ich habe im Zusammenhang mit der Wärmewende schon die Sozialverträglichkeit angesprochen. Das bleibt für Berlin als die Mieterstadt schlechthin mit so enorm hohen Quoten ein total wichtiges Thema, auch als die Stadt, die den größten Anteil an Milieuschutzgebieten hat, die eine besondere Herausforderung für die Wärmewende darstellen. Denn wir haben hier teilweise noch das Bundesrecht, das dem im Wege steht, das aber auch in Berlin teilweise in den Milieuschutzgebieten unterschiedlich gehandhabt wird. Wir haben auch Auslegungsspielräume, dass wir zum Beispiel diese enge Kopplung haben, früher war es die EnEV, die eine harte Schranke war, heute sind es die Vorgaben nach dem Gebäudeenergiegesetz. Darüber darf man dann nicht hinausgehen. Wenn man dann zum Beispiel klimaneutral sanieren will, geht das nicht unbedingt so leicht. Da gibt es aber Auslegungsspielräume, die teilweise von einigen Bezirken sehr progressiv genutzt werden. Es muss dahin gehen, dass das berlinweit, bezirksübergreifend progressiv gelebt und entsprechend gefördert und unterstützt wird. Das Land Berlin muss sich dafür einsetzen, dass es bundesrechtlich auch generell ermöglicht wird, dass es gerade in solchen Gebieten, wo die Mieterinnen und Mieter in Zukunft unter hohen Wärmepreisen leiden werden, möglich sein muss, klimaneutral sanieren zu können. Das müssen wir dementsprechend untersetzen. Das heißt, darauf muss das Land Berlin gucken, in dem Sinne, wie ich es gesagt habe, komplementär zu dem, was der Bund fördert, und der wird ja einiges fördern. Das ist sowohl bei den Heizungen als auch bei der energetischen Sanierung so. Berlin muss dann ergänzend tätig werden, zum Beispiel mit dem Blick auf diese besonderen Zielgruppenanforderungen bei Milieuschutzgebieten.

Zielgruppen und Zielkonflikte sind das nächste Thema. Wir haben in unserer Studie – es lohnt sich sicherlich, noch mal reinzuschauen – einen ganz besonderen Fokus auf die vielen Zielkonflikte gelegt, weil die natürlich Schwierigkeiten bei der Erreichung der Ziele darstellen. Das heißt, wir müssen die Zielkonflikte auflösen. Das verknüpft sich mit diesem Thema: Was können wir Expertinnen und Experten, was können die Stakeholder beitragen? – Ich bin bei dem, was Herr Lippert sagte. Die Stakeholder müssen einbezogen werden. Die Bürgerbeteili-

gung ist das eine, sie ist wichtig für die Akzeptanz und für eine Basis, die Gesellschaft mitzunehmen, viele sind ja von den Maßnahmen betroffen. Aber wir müssen natürlich für viele Fachentscheidungen, die jetzt anstehen, die Zielkonflikte kurzfristig abräumen. Dafür empfehle ich Fachkommissionen. Wenn wir uns anschauen, wie wir den gordischen Knoten des Atomausstiegs und auch des Kohleausstiegs auf der Bundesebene gelöst haben, dann waren das am Ende tatsächlich das Eingeständnis der Politik, dass sie das nicht alleine lösen kann oder will, und das Übertragen und Delegieren an Fachkommissionen, die dann Vorschläge ausgearbeitet haben, an die sich die Politik dann größtenteils gehalten hat. Das hat nicht nur zur Befriedung, sondern tatsächlich auch zu Lösungen und tragfähigen Kompromissen geführt, die sehr ausgewogen gekommen sind. Ich glaube, dass wir bei den Zielkonfliktthemen in Berlin auch so verfahren sollten, dass wir das Ganze nicht nur als Regierungsamtshandeln mit dem herkömmlichen Weg, mit Konsultationen, versuchen zu lösen, sondern mit einer breiteren Einbeziehung, aber mit dem klaren Mandat, auch unter der Überschrift: Es muss eine klimaneutrale, sozialverträgliche Lösung her, aber es muss eine Lösung her. – Dieses Mandat sollte solchen Kommissionen mitgegeben werden. Ich habe auf die Beispiele Atomausstiegs- und Kohlekommission verwiesen.

Dass wir zu langsam sind, wissen wir. Dass wir in Berlin und auch Brandenburg, in Deutschland Schwierigkeiten haben, das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen, wissen wir auch, wenn wir das Ganze als Budget rechnen. Das verweist so ein bisschen auf die Frage: Was bringt es jetzt eigentlich, auf 2040 vorzuziehen? Bringt das etwas? – Es bringt definitiv etwas. Unser Rucksack ist schon so groß. Wir haben nur noch so wenig, was wir quasi verbrauchen können, mit all den Schwierigkeiten, das zu berechnen. Ich bin kein großer Fan davon, diese Budgetrechnung zu machen, weil es da noch zu große Unwägbarkeiten gibt. Wir brauchen erst mal einen internationalen Standard, um das überhaupt berechnen zu können. Es ist aber klar, wir leben quasi auf einem so großen Emissionsfuß. Wir verbrauchen so viel. Wir müssen die Kurve möglichst schnell runterkriegen, und wenn wir sie runterkriegen, wenn wir die Dynamiken entfachen, dann schaffen wir auch 2040.

Vielleicht noch als Nebenaspekt: Diese 95 Prozent Reduktion kommen aus einer Zeit, wo wir dachten, erstens, die letzten Prozent sind ganz schwierig für Industrieräume und urbane Räume, und dann werden uns die Senken retten. Davon müssen wir uns leider verabschieden. Das ist dann schon ein Verweis auf die Frage nach dem Beitrag Naturschutz, Landwirtschaft, Ernährung et cetera. Wir wissen über die neuesten Analysen, dass die Senkenräume uns nicht in der Form unterstützen, dass zum Beispiel eine Stadt wie Berlin sich da die letzten Prozente holen kann. Gerade in Brandenburg haben wir diese Reserven nicht mehr. Wir sind auch verantwortlich gewesen für das Gutachten zum Brandenburger Klimaplan, der aktuell im Schwesterland diskutiert wird. Da haben wir uns den Sektor Landwirtschaft natürlich sehr intensiv angeschaut. Das ist dann viel mehr noch der Bereich der Moore und der Wälder. Ich bin sehr froh, dass wir das in Berlin jetzt aufgenommen haben. Das haben wir schon früh in den Studien mitangeführt, und das ist jetzt in Maßnahmen überführt, dass wir dort eine genaue Bestandsaufnahme machen. Da ist auch in Berlin viel zu tun. Wir haben in Berlin einiges an Moorflächen und müssen natürlich den Wald nicht nur klimaresilient umbauen, sondern auch aus Klimaschutzsicht als Senke absolut stärken. Das sind wichtige Bereiche, aber die spielen für Berlin natürlich nicht so eine Riesenrolle. Landwirtschaft haben wir in Berlin nicht in dem Maße, aber natürlich das Ernährungsthema. Das ist bilanzierungsmäßig bei uns nicht mit drin. Herr Geburek hat Sie jetzt nicht so weit gequält, dass er Ihnen noch Scope 1, 2 und 3 erklärt hat. Die Ernährung gehört quasi zum Scope 3, weil das meiste, das wir kaufen, von außerhalb bezogen wird, und ist insofern nicht im engeren Sinne in der Bilanzierung drin. Wir haben aber immer dafür gesorgt, dass in dem BEK diesbezügliche Maßnahmen drin sind. Das heißt, wir haben die Bildungsmaßnahmen und die Ernährungsmaßnahmen mit drin. Das sind die sogenannten weichen Maßnahmen, die in diesen Scope 3 einzahlen, die aber total wichtig sind. Genauso ist es wichtig, dass der Flugverkehr weiter thematisiert wird und drin ist, auch wenn er formal aus der Bilanz rausgeflogen ist. Insofern ist das der Verweis auf diese Zusammenhänge zu den Scope-3-Maßnahmen und zu dem, was wichtig ist.

Die Landwirtschaft in Brandenburg – Sie können sich das Gutachten, das ist veröffentlicht, anschauen – spielt eine enorm große Rolle, und da ist auch der Link zwischen Ernährung und Landwirtschaft. Mit jedem Prozent an Fleisch, das wir in Berlin weniger konsumieren, räumen wir Flächen frei. Wir haben einen enormen Flächenkonkurrenzdruck in Brandenburg, wo es darum geht, die Flächen, die zunehmend durch den Klimawandel im Stress sind – Da geht Fläche verloren. Da geht durch Erosion auch Flächenqualität verloren. Wir wollen dort Erneuerbare ansiedeln. Wir müssen aber auch gleichzeitig wiedervernässen. Wir müssen enorme Flächen, die wir mit sehr viel Geld der Landwirtschaft zugeführt haben, jetzt wieder herausnehmen und wiedervernässen, was enorm gut ist für alle Themen, die wir hier bespro-

chen haben. Das ist für den Wasserhaushalt gut. Das ist für den Klimahaushalt gut, und man kann es auch so organisieren, wenn man es intelligent macht, dass da auch gewirtschaftet werden kann. Mit Paludikulturen und Erneuerbaren und ähnlichen Themen kann man da auch sehr viel Wertschöpfung generieren. Wir bekommen das aber nur stressfrei hin, wenn wir in Berlin ernährungsstrategisch Antworten darauf geben, indem wir die Nachfrage ein Stück weit steuern. Deswegen spielen diese Medaillen dann zusammen. Natürlich kaufen wir nicht nur Fleisch aus Brandenburg. Wie gesagt, mit jedem Prozent an Fleisch, das wir weniger konsumieren, schaffen wir uns die Möglichkeiten und die Optionen, den Stress in der Landwirtschaft zu mindern und Lösungsräume zu schaffen für das, was wir dort brauchen.

Es gab noch ein paar kleinere Fragen oder Hinweise. Auf das Thema Atomenergie will ich jetzt gar nicht großartig eingehen. Global gesehen sind das 4 Prozent. Das heißt, global gesehen ist das keine Antwort. Das sehen wir schon bei dem, was heute läuft.

Zu den vermeintlichen Steigerungen: Nehmen wir mal das Beispiel Schweden. Die schwedische konservativ-populistische Regierung hat auf die Agenda gesetzt, dass sie das wieder machen wollten, haben dann aber vom Staatskonzern gesagt bekommen: Machen wir nicht, weil das absurd teuer ist. – Das heißt also, die schwedische Energiewirtschaft hat die Frage beantwortet, und daraufhin hat die Regierung das wieder zurückgezogen. Alle anderen Meiler, die Sie in der Welt sehen, sind teilweise schon ewig im Bau gewesen und werden mit Schmerzen zu Ende gebaut, weil die alle viel teurer sind. Die erwähnten Beispiele wie Hinkley Point oder wie sie heißen – es sind natürlich auch politisch strategische Gründe, eine solche Atomtechnologie weiterzubetreiben, die nicht mit wirtschaftlichen Aspekten zu begründen sind, und dabei bin ich noch nicht mal bei Entsorgungskosten. Bei der Frage der Endlagerung gibt es in kaum einem Land eine Lösung. Finnland hat ein erstes Endlager in Gebieten genehmigt, dort oben wo keiner wohnt, aber im Kernland in Europa gibt es dafür keine Lösung. Wenn Sie das mal einpreisen und eine Wirtschaftlichkeitsrechnung darüber laufen lassen, weil Sie das über Jahrhunderte, Jahrtausende finanzieren müssen, ziehen Sie das mal ab und sagen mir dann mal, wie Sie das wirtschaftlich machen wollen. Es ist also keine Lösung, und selbst unter CO₂-Gesichtspunkten haben wir gesehen: Wir haben den Atomausstieg in Deutschland geräuschlos überwunden, und insofern sind auch die Kurven, die Sie gezeigt haben – – Natürlich ist es misslich, dass wir im Moment noch nicht sehen, dass die CO₂-Kurven herunterkommen, aber zur Wahrheit gehört, dass, wenn Sie sehen, wie viel Energie wir verbrauchen – – Die Energiekurve ist noch viel steiler. Die Wirtschaftskurve, also das, was an Bruttowirtschaft erzielt wird, ist noch steiler. Das heißt also, wir sehen schon, dass da eine Entkoppelung stattfindet. Wenn Sie zum Beispiel die 50 Prozent Erneuerbare, die wir heute im Strom in Deutschland haben, fossil bereitstellen, dann wäre diese CO₂-Kurve noch viel steiler und würde der Energiewachstumskurve folgen. Wir haben also diesbezüglich gar keine Wahl. Die Wissenschaft ist hier völlig klar. Insofern muss ich nicht weiter darauf eingehen. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Prof. Dr. Hirsch! – Herr Heuser, Sie haben das Wort!

Tilman Heuser (BUND Berlin e. V.; Geschäftsführer): Vielen Dank für die Fragen! – Ich versuche, sie zusammenfassend zu beantworten. Zunächst einmal der Punkt, weil hier immer gerne der Untergang des Abendlandes, Schrumpfung und sonst etwas beschworen wird: Wenn Sie sich das BEK und die Klimaschutzmaßnahmen genau angucken, vor allem die zur

Anpassung an den Klimawandel, ist das in den meisten Fällen nichts Neues, sondern gerade auch für Berlin kommt hier in vielen Bereichen etwas mit rein, gerade im Bereich Mobilität, Konsum. Wie lebt man miteinander? Wie geht man gemeinsam mit Herausforderungen um? Das sind alles Leitbilder moderner europäischer Städte, die sich da wiederfinden. Gerade insbesondere im Bereich Mobilitätswende, aber auch zum Teil im Bereich Stadtentwicklung, dass man viel stärker auf den Bestand setzt, dass man wieder mehr begrünt, dass man mehr Lebensraum für die Menschen zurückgewinnt und dass man Lebensqualität gewinnt. Ich glaube, es geht darum, das Ganze mal entsprechend positiv zu verknüpfen. Gerade beim Umstieg auf erneuerbare Energien muss ich auch ganz klar sagen: Ja, es geht darum, hier tatsächlich auch die Wertschöpfung in der Region zu steigern, die Energie auch selber zu erzeugen, statt mit Gasimporten russische Angriffskriege zu bezahlen oder Fußballtransfers von saudiarabischen Fußballvereinen. Das ist derzeit die Realität. Deshalb geht es darum, hier ganz klar voranzugehen und diese Themen positiv miteinander zu verknüpfen und gemeinsam anzugehen. Natürlich muss ich Wohnungsnot und energetische Sanierung gemeinsam anpacken, genauso wie die Herausforderung des demographischen Wandels. Man darf das nicht so sektoral machen, wie es heute noch häufig der Fall ist.

Damit kommen wir zum Thema konstruktive Mitarbeit, ein konkreter Beitrag des BUND. – Ja, wir sind da auch herausgefordert, denn wir können nicht immer sagen: Liebe Politik, liebe Verwaltung, ihr müsst jetzt mal. Darauf kommen dann die Programme: Es soll jetzt. Es geht darum: Wie können wir das Ganze tatsächlich aufrechnen? Das ist auch eine Herausforderung für uns, und zwar eine große Herausforderung. Natürlich ist es einfacher zu sagen: Politik, jetzt macht mal! – Auch wir stehen – das wurde schon angesprochen – auch mit den Zielkonflikten, zum Beispiel im Bereich Artenschutz, im Bereich Wasser, in vielen anderen Themenbereichen, vor der Herausforderung, diese auch tatsächlich konkret anzugehen und dafür dann auch Lösungen zu finden und zu gucken: Wie bindet man das sinnvoll zusammen? Deshalb ist dann Artenschutz, weil die Frage konkret kam, am Bau und in vielen Bereichen am einfachsten zu lösen, denn da geht es vor allem darum, dass bei Beginn der Planung der Artenschutz mitgedacht wird und eigentlich erst dann auffällt, dass ein Baum dasteht oder dass bestimmte Schwalbennester vorhanden sind, wenn man mit der Maßnahme beginnen will. Das führt nämlich zurzeit zu Verzögerungen. Deshalb bin ich auch gespannt, wie sich in der Landesbauordnung jetzt die guten Vorschläge, die es bisher von der Senatsverwaltung für Umwelt gab und aus dem Bereich des Naturschutzes, wiederfinden.

Wir sind auch in verschiedenen Diskussionen, wo wir uns als Verbände, als gesellschaftliche Akteure teilweise neu aufstellen müssen. Ich halte nicht ganz so viel von Kommissionen wie Herr Prof. Hirschl, da ich schon zu viele Beiräte und anderes erlebt habe. Es geht darum, hier diese Verantwortung der zivilgesellschaftlichen Akteure zu stärken und tatsächlich auch in einen stärkeren Dialog der Akteure untereinander zu kommen, mit der Wohnungswirtschaft und anderen, weil die Politik in Berlin in hohem Maße so funktioniert. Wir und einzelne Bereiche reden dann mit der Politik, was die alles machen soll, aber es findet teilweise zu wenig Kommunikation untereinander statt. Ich nenne das konkrete Beispiel: Naturschutz und der Ausbau des Radverkehrs ist eine Aufgabe, wo man gucken muss: Wie bekommt man die unmittelbar zusammen, um gemeinsam etwas zu entwickeln?

Damit kommen wir zu dem Thema, und da sind wir im Moment entscheidend dran, der sozialverträglichen Umsetzung von Maßnahmen. Natürlich geht es auch hier darum, Wege zu finden und gegebenenfalls bestimmte Sachen mit einem neuen Ansatz zu diskutieren. Das

sage ich jetzt hier ganz offen. Da bin ich auch durchaus in einem Konflikt mit meinem eigenen Bundesverband, weil es schon so eine Tendenz gibt: Man setzt soziale ökologische Forderungen nebeneinander und nennt es dann sozialökologische Transformation. Es geht darum, diese Konflikte miteinander zu diskutieren, denn am Ende müssen natürlich bestimmte Maßnahmen finanziert werden. Auch bestimmte günstige Preise sind nicht unbedingt immer sozial. Von einer Entfernungspauschale, die immer so als Reaktion kommt, bundesweit steuerlich, profitieren vor allem die Menschen mit höherem Einkommen, die über lange Wege pendeln. Diejenigen, die ein niedriges Einkommen haben und lange Wege, profitieren davon gar nicht. Da gibt es viele Beispiele.

Damit bin ich auch schon bei der Frage nach dem 29-Euro-Ticket. Natürlich haben wir auch hier einen Konflikt. Ich kann als BUND auch sagen: Wir haben auch Leute, die sagen: Null-Euro-Ticket finden wir auch klasse und möglichst günstig, gerade um soziale Teilhabe zu ermöglichen. Das kann ich alles begründet auch sagen. Das haben wir auch auf Bundesebene ganz klar gesagt: 29-Euro-Ticket, aber eben finanziert aus dem Abbau von Dienstwagenprivileg, Entfernungspauschale et cetera, denn auf Bundesebene kann man das gegebenenfalls so finanzieren beziehungsweise auch hier mehr Mittel in den ÖPNV stecken. Da bestehen die Möglichkeiten. Hier in Berlin sieht es anders aus. Deshalb sind wir genau in diesem Konflikt. Natürlich kann ich sagen: Klasse, 29-Euro-Ticket. Dann hat man steuerrechtliche Probleme beim Firmenticket und anderes, wenn man das so einführen würde. Es sind aber 330 Millionen Euro, und dann sehe ich auf der anderen Seite das, was nicht oder zu wenig diskutiert wird, dass wir Busfahrerinnen und Busfahrer brauchen, dass wir Personal auf Straßenbahnen, U-Bahnen und anderes nachsteuern müssen, dass wir in die Sanierung des vorhandenen Netzes ganz massiv investieren müssen und dafür teilweise gar nicht die Finanzen haben und dass wir dafür, um den Ausbau voranzubringen, dann auch die notwendigen Gelder brauchen. Dann geht es darum, dieses auch mitzudiskutieren und zu sagen: Was ist da jetzt wichtiger? Ist das jetzt wichtiger? Deshalb ist ganz klar, auch hier geht es darum: Wer muss entsprechend entlastet werden? Hier geht es dann auch bei der Maßnahme um soziale Teilhabe, und da muss man auch sehr gezielt gucken.

Man muss aber auch ganz klar sagen: Andere Bundesländer haben es geschafft, auf der Basis des Deutschlandtickets Vergünstigungen für verschiedene Gruppen hinzubekommen; einfacher ist es noch in Hamburg. In Berlin diskutieren wir, aber die Leute profitieren nicht davon. Deshalb geht es darum zu überlegen: Wen müssen wir konkret entlasten? Ich zum Beispiel und meine Mitarbeitenden müssen in dem Rahmen nicht entlastet werden. Das ist eine ganz klare Aussage. Aber wie kann man das Geld dann dafür verwenden, dass dann gegebenenfalls das Personal bei der BVG besser bezahlt wird und wir mehr Menschen finden, die bereit sind, im ÖPNV zu fahren und das Ganze für uns am Laufen zu halten und damit dann auch die Angebotsqualität aufbauen? Die Diskussion müssen wir führen, und das gilt in vielen anderen Bereichen auch. Wir müssen auch hier teilweise gucken oder auch neue Wege finden, wie man bestimmte Diskurse führen kann. Ich bin historisch, einige wissen es, geprägt durch Bundesverkehrswegeplanung, die Wunsch-dir-was-Liste auf Bundesebene. Das haben wir natürlich hier in Berlin auch, einen Nahverkehrsplan mit verschiedenen Vorhaben, zusätzliche U-Bahn-Strecken, bestimmte Straßenbauvorhaben wie TVO und anderes. Man kann über vieles diskutieren. Das Entscheidende ist aber, zu gucken, wenn wir den Klimaschutz ernst nehmen: In welche Richtung wollen wir grundsätzlich gehen? Welche Prioritäten müssen dann auch tatsächlich gesetzt werden? Wir können nicht mehr mit diesem Sowohl-als-auch irgendwo weitermachen, sondern es geht darum, ganz klare Prioritäten zu setzen, und da heißt

es vor allem auch, in die Sanierung vorhandener Infrastruktur, in den Ausbau des ÖPNV und den Umbau des Straßennetzes von Radverkehr, Fußverkehr und auch in die Begrünung der Stadt zu investieren. Das ist die Herausforderung: wie man das hinbekommt.

Abschließend zum Thema Vattenfall, Fernwärme und Dekarbonisierungsprozess: Wir haben das heute auch schon kritisiert, weil es doch wieder sehr stark auf Wasserstoff und Biomasse geht, also auch die Konzernstrategie Vattenfall insgesamt. Deshalb geht es jetzt schon darum, in der kommunalen Wärmeplanung für Berlin alles sinnvoll zusammenzubekommen und zügig – Herr Lippert hat schon beschrieben, was hier notwendig ist – tatsächlich gemeinsam zu Entscheidungen zu kommen und dabei frühzeitig alle an einen Tisch zu holen, und nicht: Zuerst versucht die Verwaltung, eine Vorlage zu machen, dann werden die Verbände beteiligt, sagen dazu etwas, dann macht die Verwaltung wieder etwas –, sondern dass man es wirklich schafft, hier eine neue Prozessdynamik zu bekommen und dabei zu schauen: Wie kann man viele innovative Entwicklungen stärker eingebunden bekommen?

Das Stufenkonzept war unser Erfolgsmodell, wie wir gelernt haben, für die EU-Ebene 2011. Ich glaube, hier ist, abgesehen von Modellen, das Entscheidende, dass wir im Weiteren in eine konkrete Diskussion mit verschiedenen Zielgruppen kommen: Wie kann man bestimmte Maßnahmen, auch gerade in der Wärmebereichsanierung in den verschiedenen Quartieren, tatsächlich gut gemeinsam voranbringen? Die ganze Diskussion krankt auch ein bisschen daran, gerade auch bundesweit: Es wird immer sehr stark über Einfamilien- und Doppelhausbesitzer und deren Herausforderungen gesprochen. Die haben wir in Berlin auch. Deshalb wäre es gut, mit denen zu diskutieren. Wir müssen aber auch mit den Genossenschaften, dem kommunalen Wohnungsbau, Gesellschaften, privaten Wohnungsbaugesellschaften und anderen sehr zielgruppenspezifisch da herangehen und dann auch noch quartiersbezogen, um hier tatsächlich handhabbare Ansätze zu finden und dann auch zu gucken beziehungsweise zu prüfen: Wie kann Berlin hier noch seinen besonderen Beitrag leisten, um hier tatsächlich die Anreize so zu setzen, dass wir diese Sanierungsdynamik hinbekommen auf 3,3 Prozent bis zum Jahr 2030? – Das durchaus auch immer verknüpft mit dem Thema Wohnen, mehr Wohnraum, Umnutzung von Gebäuden et cetera, also immer auch mit einem integrierten Konzept! Ich bin jetzt zuversichtlich, dass wir das Ganze konkret angehen, dass 2024 in vielen Bereichen nicht mehr nur steht: Es soll, es soll, es soll, sondern es wird schon gemacht. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Heuser! – Herr Geburek, bitte!

Mathias Geburek (Referent im Referat Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau, Energie- und Wasserversorgung, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg): Vielen Dank für die Fragen und auch für das Interesse des Ausschusses an der amtlichen Energie- und CO₂-Bilanz! – Ich hoffe, ich kann alle Fragen beantworten. Ich habe mir alle notiert, angefangen beim Flugverkehr. Es ist so, dass das Energiestatistikgesetz sehr strikt vorgeht, was die Erfassung von Absatzmengen angeht. Der Flughafen liegt territorial komplett in Brandenburg. Somit bekommen wir von den Auskunftgebenden auch alle Absatzmengen von Flugkraftstoffen, das sind mehrere, die es da gibt, komplett nach Brandenburg gemeldet. In der amtlichen Energie und CO₂-Bilanz werden diese Mengen somit nicht aufgeführt. Für den BEK allerdings werden sie in einer Absprache zwischen dem Wirtschaftsministerium in Brandenburg und der Senatsverwaltung 50/50 aufgeteilt. Es gab andere Möglichkeiten, die wir hätten angehen können, aber das war die pragmatisch einfachste. Aufgrund dessen werden sozusagen in einer nachträgli-

chen Tabelle – das muss ich dazu sagen, es ist eine nachträgliche Tabelle – CO₂-Emissionen des Flugverkehrs extra ausgewiesen.

Zur Klimawirksamkeit kann ich nichts sagen. Wir verwenden für die CO₂-Emissionen des Flugverkehrs die Emissionsfaktoren des Umweltbundesamtes. Das heißt, es wird umgerechnet vom Kilogramm CO₂ pro verbrauchter Energiemengeneinheit keine Klimawirksamkeit betrachtet. Ich spreche heute hier sozusagen für das Amt für Statistik. Das Amt für Statistik macht in dem Bereich keine Einschätzungen oder Verbrauchsprognosen von Energie- und CO₂-Zahlen. Das können wir nicht machen, weil die Daten, die wir hier veröffentlichen, auf amtlich erhobenen Daten beruhen, was dann auch die Frage der Fraktion der Grünen beantwortet. Das ist auch der Grund, warum wir in der Veröffentlichung einen Verzug haben, weil wir momentan noch Daten für 2021 erheben. Das heißt, die Auskunftgebenden haben nicht immer Daten ad hoc vorliegen. Die müssen sozusagen erst mal eingeholt und an uns übermittelt werden. Dann machen wir eine Auswertung, und das dauert halt einen bestimmten Prozess. Um da die Qualität der Energie- und CO₂-Bilanz zu gewährleisten, müssen wir bestimmte Sachen abwarten und die Berechnung als Ganzes durchführen und die Veröffentlichung entsprechend faktenbasiert machen. Es gibt eine vorläufige Energiebilanz, wo fehlende Daten, die noch nicht vorliegen zu dem Zeitpunkt, von uns eingeschätzt werden mit einer Methodik nach dem LAK. Die Veröffentlichung erfolgt in der Regel zwölf Monate nach Jahresabschluss. Also jetzt im Dezember 2023 ist für 2022 die Veröffentlichung geplant.

Zu den Maßnahmen haben wir jetzt schon viel gehört von den Kollegen. Maßnahmen kann ich dem Ausschuss natürlich keine vorschlagen. Ich kann nur auf die Zahlen verweisen, die im statistischen Bericht stehen. Da sind die größten Emittenten der Sektor Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen mit 69 Prozent am CO₂-Ausstoß nach der Verursacherbilanz. Das teilt sich ungefähr zur Hälfte auf zwischen Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistungen und natürlich der Verkehrssektor, insbesondere der Straßenverkehr, der 22 Prozent an den CO₂-Emissionen nach der Verursacherbilanz hat. Das heißt, wenn man jetzt Maßnahmen ergreifen würde, könnte ich als Erstes nur sagen: Man muss Energie einsparen, also weniger verbrauchen, und/oder auf erneuerbare Energien setzen, die CO₂-frei sind. Nur dadurch kann man die CO₂-Emissionen aus meiner Sicht reduzieren. Andere Maßnahmen kann ich natürlich jetzt im Namen des Amtes für Statistik dem Ausschuss nicht nennen.

Was der amtlichen Statistik helfen würde? – Es kamen Fragen auf nach detaillierteren Daten. Dafür braucht man natürlich eine Rechtsgrundlage. Das Energiestatistikgesetz ist die letzte Novelle von 2017. In der Zwischenzeit haben sich viele Sachen getan in puncto Wasserstoff und so weiter. Da brauchen wir aber immer eine gesetzliche Grundlage, um solche Daten zu erheben und sie dann auch entsprechend in den statistischen Bericht mitaufzunehmen. Da sitzen Sie sozusagen am längeren Hebel. Wir können immer nur Datenbedarf anmelden. Da, wo die amtliche Statistik oder die Energiestatistiker im Verbund Mängel sehen, wo wir sagen: Okay, da ist die Datengrundlage vielleicht nicht ausreichend, oder wir haben Verbesserungspotenzial –, können wir das natürlich immer nur an die zuständigen Ministerien melden, und die müssen dann dafür sorgen, dass das in ein Gesetz gepackt wird und wir ermächtigt werden, solche Daten zu erheben.

Die Einbindung in den BEK ist, wie gesagt, die Energie- und CO₂-Bilanz. Die CO₂-Bilanz bildet die Grundlage. Die wird als Erstes erstellt, und dann wird für die Senatsverwaltung eine neue Aufteilung der CO₂-Emissionen gemacht, weil die Sektoren des Berliner Energie- und

Klimaschutzgesetzes nicht mit den Sektoren der amtlichen Statistik übereinstimmen. Da werden Anwendungsbilanzen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanz genommen, und es wird sozusagen eine Aufteilung zwischen Haushalten und dem Gebäudesektor gemacht. Die Senatorin sagte, insbesondere der Wärmeverbrauch im Gebäudesektor wird herausgelöst und extra ausgewiesen. Ich muss dazusagen, das ist nur eine Aufteilung. Es kommen keine anderen Zahlen hinzu. Das ist nur eine andere Sichtweise.

Ich kann natürlich keine Einzelfallbetrachtungen machen, weil die Frage kam: Wie funktioniert die CO₂-Reduzierung auf kleinstem Raum? – Das ist natürlich immer eine Frage von Input und Output. Wir machen keine Einzelfallbetrachtungen. Wir haben immer akkreditierte Daten. Die statistische Geheimhaltung spielt bei uns eine große Rolle. Das heißt, keine Zahlen können auf einzelne Auskunftgebende zurückgeführt werden. Somit kann ich natürlich auch keine Handlungsempfehlungen dem Senat gegenüber geben und sagen: Firma XY ist hier der größte Emittent in dem Wirtschaftszweig. Schaut euch den genauer an. – Das machen wir nicht. Dafür steht die statistische Geheimhaltung über allem.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Herr Geburek! – Wir haben keine zweite Runde geplant, aber Frau Gennburg hat sich gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort mit der Bitte, dass Sie sich kurz fassen. – Danke!

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich hatte mich noch mal gemeldet anlässlich des Beitrags von Herrn Dr. Lippert für den BBU, den Wohnungsverband in Berlin und Brandenburg. Herr Heuser hat das Thema auch noch mal aufgemacht. Vielleicht ist es auch eine gute Gelegenheit, auch für Senatorin Schreiner, die früher für Fachgemeinschaft Bau gearbeitet hat an der Spitze, da auch noch mal in diese Frage des Bausektors reinzugehen, denn 40 Prozent der CO₂-Emissionen weltweit werden im Bausektor emittiert. Deswegen ist es keine Kleinigkeit, ob wir im Bereich Baupolitik im Land Berlin Einsparmöglichkeiten haben und wie wir eigentlich den Beitrag leisten. Deswegen würde ich ganz gerne noch mal, zumindest wenn die Anzuhörenden nicht mehr in einer weiteren Runde antworten, doch vielleicht die Senatorin um eine Stellungnahme bitten, was die Handlungsmöglichkeiten seitens des Landes Berlin anbelangen, die im BEK verankert sein können, aber darüber unbedingt hinausgehen müssen. Gerade weil Herr Dr. Lippert vom BBU gesagt hat: Klimaschutz muss durchgesetzt werden, und alle müssen zahlen, will ich das noch mal als Aufhänger nehmen und darauf hinweisen, dass Sie auch in Ihrem Verband, im BBU, Vonovia und andere große Vermietungskonzerne beherbergen, die bekanntermaßen 50 Prozent der Miete an ihre Aktionäre ausschütten. Da würde ich schon gerne von Ihnen wissen, auch wenn Sie heute darauf nicht mehr reagieren können, inwiefern diese Frage der Umverteilung denn tatsächlich sozialgerecht vonstattengeht, wenn die Konzerne das Geld ausschütten, das die Mieterinnen und Mieter eigentlich einzahlen, was für den Klimaschutz vorgesehen werden könnte, wenn gleichzeitig die Modernisierungsumlage von 8 Prozent eine Renditegarantie ist, die der bundesdeutsche Gesetzgeber nach wie vor garantiert. Da, glaube ich, ist eine Schieflage. Im Wohnungsbündnis, haben wir gesehen, hält sich Vonovia auch noch nicht mal an diese Vorgaben. Insofern hätte ich mir eigentlich gewünscht, dass Sie hier im Sinne der Mieterinnen und Mieter ein stärkeres Plädoyer für den Klimaschutz machen. Ich glaube aber, dass Frau Schreiner sicherlich noch mal darauf eingehen kann. Das Wohnungsbündnis ist weiterhin in dieser Regierung eine wichtige Maßnahme.

Deswegen würde ich gerne noch mal wissen: Wie steht es um die kommunale Bauhütte, wo wir ökologisches Bauen, angeknüpft an den Waldumbau in den Berliner Forsten, mit so viel Holzernte, die wir in Berlin nun mal haben, tatsächlich realisieren könnten: ökologischer Neubau, Umbau im Bestand? Zum Thema möchte ich wissen, inwiefern eine Gesamtzyklusbetrachtung da bei Ihnen auch mit einfließt und Sie dann als Regierung sich möglicherweise – ich formuliere es als rhetorische Frage, weil ich nicht davon ausgehe, dass Sie es machen – zu einem Abrissstopp bekennen und auch einem Neubaustopp, der von den Fachorganisationen inzwischen gefordert wird: ein Umbau im Bestand, der ökologische Stadtumbau im Bestand, die Stadt umbauen. – Dazu, Frau Schreiner, möchte ich gerne wissen: Wie positionieren Sie sich zur Novelle der Bauordnung und zum Schneller-Bauen-Gesetz, wo dezidiert der Umwelt- und Naturschutz eingeschränkt wird zugunsten von Betonvergießen? Werden Sie es zulassen, dass zukünftig noch mehr CO₂ im Baubereich in Berlin emittiert wird, oder sagen Sie ganz klar: stopp – an Herrn Gaebler, den Bausenator? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Gennburg! – Wir haben weitere drei Tagessordnungspunkte und müssen heute auch die Haushaltsregularien beschließen. Daher bitte ich um Kurzfassung. Auf der Liste sind Herr Bertram und Herr Freymark. – Herr Bertram, Sie haben das Wort!

Alexander Bertram (AfD): Ganz herzlichen Dank! – Ich habe doch noch mal eine Frage, die sich für mich ergeben hat, und zwar im Rahmen der Thematik Zielkonflikte. Es gab in den vergangenen Monaten vermehrt Kritik, auch von Umweltschutzverbänden, an Windkraftanlagen in Berlin. Da sehen wir ganz klar den Zielkonflikt zwischen sogenannten Klimaschutzmaßnahmen und klassischem Umweltschutz.

So hat der NABU erst vor wenigen Wochen einen Forderungskatalog veröffentlicht, in dem auch die umweltverträgliche Errichtung von Windkraftanlagen in Berlin gefordert wird, unter anderem durch feste Abschaltzeiten, die Nichterrichtung in Schutzgebieten und auch Mindestabstand zu Natura-2000-Gebieten. Da dieses Thema Windkraft auch einen gewissen Part im BEK einnimmt, hätte mich doch einerseits die Meinung von Herrn Heuser als Vertreter eines Umweltschutzverbandes zu diesem Forderungskatalog interessiert und andererseits auch die Einschätzung des Senats, wie sich im Rahmen des Flächenscreenings, das im BEK aufgelistet ist, verhalten wird zu den Forderungen der Umweltschutzverbände. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Bertram! – Herr Freymark, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich weiß, dass Sie es nicht gerne sehen, wenn wir einander vielleicht erwidern oder diskutieren, wenn wir Anzuhörende zu Gast haben. Ich will es aber trotzdem an zwei Stellen kurz tun. Die Linke hat im Eingangstatement vorhin schon deutlich gemacht, dass sie sich von der TVO distanziert, was wiederum die Linken vor Ort erheblich anders sehen und auch die damaligen Bürgermeister, die dort im Amt waren, immer befördert haben. Es ist aber legitim, seine Meinung zu ändern. Ich finde aber, das gehört zur Transparenz dazu. Dass Sie jetzt aber noch mal das Thema aufmachen, nachdem man den Eindruck haben könnte, Sie sind seit 50 Jahren in der Opposition und haben überhaupt keine Regierungsverantwortung in diesem Land getragen, ist dann schon etwas merkwürdig und mutet so an, dass man in jedem Fall widersprechen muss.

Das Sondervermögen wird übrigens der sozialste Beitrag sein, den wir gemeinsam liefern können, der aus Steuergeldern, de facto aus Schulden, bezahlt wird, um genau eine Entlastung vorzunehmen. Die Sanierungsquote Berlins war unter Ihrer Rigide bei 0,8 Prozent. Wenn wir das Eins-zu-Eins fortsetzen würden, dann wären wir in 40 Jahren nicht klimaneutral. Sie haben gerade die Zahlen gehört. Wir haben diese 40 Prozent. Jetzt hat uns das Amt für Statistik noch mal bestätigt: Wenn man noch ein paar andere Faktoren einbezieht, sind es 68 Prozent. – Das heißt, die große Aufgabe dieser Koalition, dieser Gesellschaft wird sein, im Gebäudebestand solche Dinge wie Sanierung energetischer Art et cetera voranzubringen. Dafür brauchen wir den BBU. Ich verstehe auch nicht, warum Sie immer in maximaler Distanz gegen zum Beispiel Vonovia und andere agieren. Das sind de facto Partnerinnen und Partner für uns. Wenn ich den Wählerinnen und Wählern, die ich in Hohenschönhausen vertrete, sagen würde: Wir bauen keine einzige Wohnung mehr beziehungsweise der Maßstab ist wie HOWOGE und andere, die im Übrigen gar keine Kundenzentren mehr haben, in die man reingehen kann. Wenn das der Standard wäre, dann wären wir verloren. – [Katalin Gennburg (LINKE): Wir bauen um! Um!] – Sie hatten Ihre Chance, Frau Gennburg. Sie haben sie nicht genutzt. Sie waren nicht erfolgreich. Sie haben dieser Stadt de facto in der Frage nicht gedient. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass jetzt andere die Verantwortung tragen und wir es anders und besser machen werden!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Ich habe mich auch wieder auf die Redeliste gesetzt und möchte jetzt meine Rolle wechseln.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Ich möchte als naturschutzpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion meine Frage an Herrn Dr. Lippert wiederholen, weil Sie mich missverstanden haben. Ich habe nicht nach der Energieversorgung gefragt, sondern ich habe danach gefragt, wie Sie die energetische Gebäudesanierung in Berlin bewerten, weil wir wissen, dass wir einen Fach-

kräftemangel haben, weil wir wissen, dass uns Menschen, die hier arbeiten, fehlen, weil teilweise auch Schadstoffe in Gebäude eingebracht werden und, und, und. Mich würde interessieren, wie der BBU die Pläne des Senats bezüglich der energetischen Gebäudesanierung bewertet. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Jetzt wechsle ich meine Rolle wieder zum Ausschussvorsitzenden. – Jetzt hat das Wort Frau Vierecke!

Linda Vierecke (SPD): Ich mag auch nicht so gerne Streit hier in den Reihen. Ich denke, jede Koalition ist angehalten, beim Klimaschutz voranzukommen. Das haben wir uns hier auch vorgenommen und wünschen uns da natürlich auch eine große Unterstützung mit Ideen. Ich glaube, das versuchen wir hier auch in dem Ausschuss, Wortmeldungen wahrzunehmen und auch rückzukoppeln und umzusetzen.

Ich will noch mal auf die Bedeutung des Sondervermögens eingehen. Das ist viel Geld, das wir da in die Hand nehmen für den Umwelt- und Klimaschutz. Ich glaube, da besteht eine große Chance, wenn man das richtig einsetzt, wirklich voranzukommen, und dass wir als Parlament auch darauf gucken: Wird es wirklich da angesetzt, wo Emissionen gespart werden können? Es ist mein Anliegen, da zu schauen: Okay, wo gehen diese Gelder hin? – denn natürlich ist es mehr als der Haushalt. Es ist ein Sondervermögen, und darauf müssen wir unser Augenmerk legen. Da sehe ich unsere gemeinsame Verantwortung, um bei den Klimamaßnahmen voranzukommen. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Vierecke! – Jetzt ist Herr Heuser für die Beantwortung einer oder zwei Fragen beziehungsweise Herr Dr. Lippert dran. – Herr Heuser, bitte!

Tilmann Heuser (BUND Berlin e. V.; Geschäftsführer): Danke! – Vielleicht eines vorneweg: Streit ist gut. Konflikte sind durchaus auch gut. Die drücken nämlich aus, dass es unterschiedliche Interessen gibt, die aufeinanderknallen. Ich glaube, das muss teilweise deutlicher gemacht werden, auch bei solchen Maßnahmen. Man versucht immer, einen Konsens hinzubekommen. Es gibt eben diese Konflikte. Es ist wichtig, alle sinnvoll einzubinden, um tatsächlich Lösungen zu finden, die nicht immer alle zufriedenstellen werden.

Dieser Konfliktansatz macht es schon noch mal spannend und treibt die Innovationen entsprechend voran, auch gerade beim Windrad. Deshalb finde ich es auch total klasse. Da hat unmittelbar die Senatsverwaltung einen Vorschlag von uns übernommen, nämlich genau zu sagen: Im BEK stehen 100 Megawatt zu installierender Windleistung. Wir hatten damals, letztes Jahr, 120 Megawatt ausgerechnet – wenn man das umrechnet, in Flächenziele zu installierende Leistungen. – Natürlich haben wir einen Konflikt, aber deshalb geht es auch darum, hier konkret ranzugehen und sich gemeinsam mit diversen Akteuren zusammzusetzen, zum Beispiel auch mit der IHK Berlin, wo es auch darum geht, in Gewerbe- und Industriegebieten zu gucken: Was kann man da auch mit größerer Windkraft machen? Es geht aber auch darum, dass wir akzeptieren müssen, dass gegebenenfalls in bestimmten Freiräumen bestimmte Windenergieanlagen entsprechend geprüft werden müssen, wenn sie bundeseinheitlichen Standards entsprechen, die dann auch gebaut werden. Es gibt dann verschiedene Mindestmaßnahmen. Da steht man auch selber mit in der Verantwortung, hier tatsächlich Lösungen zu finden, anstatt fünfmal zu kreisen und dann immer vertiefende Gutachten und noch

weiter vertiefende Gutachten heranzubekommen und letztendlich nicht zu einer Entscheidung zu kommen. Ich glaube, das ist ein zentraler Ansatz, womit man hier und auch in verschiedenen anderen Handlungsfeldern eine Grundlage legen kann. Das gilt auch im Bereich der Wärmeplanung. Da muss es gelingen, die verschiedenen Akteure zusammenzubekommen.

Ich hatte auch das Vergnügen, beim Bündnis Neubau und bezahlbares Wohnen damals in der Arbeitsgruppe dabei zu sein. Der entscheidende Punkt war, und das waren alle Akteure aus den Wirtschaftsverbänden, die daran beteiligt waren, Mieterverbände und andere: Wir haben alle unsere Punkte eingebracht. Wir haben uns auch gegenseitig zugehört. – Dass teilweise die Stadtentwicklungsverwaltung das Interesse hatte, ihr Abschlusspapier hinzubekommen, war vielleicht einer weiteren Diskussion nicht unbedingt zuträglich. Ich glaube, das war ein entscheidender Punkt. Das kann man dabei auch lernen. Herr Lippert hat zum Beispiel viel mehr Wissen über energetische Sanierung als jeder Umwelt- und Klimaschützer in Berlin. Deshalb nehmen wir ihn auch durchaus ernst. Deshalb geht es auch darum, aus diesem heraus bestimmte Lösungen zu entwickeln. Wir wissen auch, welche Interessen er teilweise einbringen muss. Das weiß er aber von uns auch. Und das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt, hier einen Weg zu finden, wie wir es schaffen, viel intensiver Lösungen zu diskutieren, Interessen dann auch wahr- und anzunehmen und dann auch Lösungen zu finden und politisch zu entscheiden. Das ist natürlich ganz klar: Je nach Weg hat man eine stärkere Belastung von bestimmten Bevölkerungsgruppen, gerade was Belastungen betrifft et cetera, nur es muss dann auch mitaufgezeigt werden. Wir müssen wegkommen von diesen doch häufig sehr pauschalen Diskussionen, die wir teilweise in dem Bereich haben. Da sehe ich durchaus die Chance, wenn man sagt: Sich durchaus mal zu streiten, ist auch ganz gut, weil man danach gemeinsam gucken kann, wie man für die Stadt und für die Zukunft vorankommt.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Heuser! – Herr Dr. Lippert, bitte!

Dr. Jörg Lippert (Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e. V. – BBU; Leiter Bereich Technik, Energie, Klima; Besonderer Vertreter des Vorstands): Vielen Dank! – Ich würde gerne als Erstes auf die Äußerung von Frau Gennburg eingehen wollen. Unser Problem ist immer diese Schwarz-Weiß-Malerei. Herr Freymark hat es schon angesprochen. Natürlich ist die Vonovia Mitglied des BBU. Das wollen wir gar nicht verschweigen. Aber man muss auch mal sagen: Wir haben 340 Mitgliedsunternehmen in Berlin und Brandenburg mit fast 1,2 Millionen Wohnungen, dann können Sie doch nicht von einem Unternehmen auf 339 andere mit über einer Millionen Wohnungen diese Logiken übertragen. Das ist ein Kapitalunternehmen, eine Aktiengesellschaft, die anders agiert als die meisten Unternehmen, die wir haben, die gemeinwohlorientiert sind, die Genossenschaften sind, die kommunale und landeseigene Unternehmen sind. Die agieren nicht ertragsgewinnorientiert, sondern aufwands- und sozialorientiert. Man kann nicht immer sagen: Die Mieten sind Wunschiemieten und die entscheidet der Vermieter selber nach dem Motto, was er gerade möchte, sondern das sind Berechnungen, die sich aus den Aufwendungen, die sich aus dem Betrieb, der Instandhaltung und den Investitionskosten für Neubau ergeben. – [Katalin Gennburg (LINKE): Mietpiegel!] – Natürlich ist das so. Allein deshalb, Frau Gennburg, müssen wir uns vielleicht mal austauschen.

Man muss auch mal verstehen. Das ist übrigens das Thema, wie wir gemeinsam zu Lösungen kommen, wenn man sich mal zuhört und versucht, sich auch zu verstehen. Ich bin 30 Jahre in der Wohnungswirtschaft tätig, und ich kann Ihnen erklären, wie Mieten berechnet werden,

und zwar nicht nur bezogen auf Gewinne oder ähnliche Dinge. Das muss man auch mal versuchen zu harmonisieren und versuchen, Kompromisse zu schließen und gemeinsame Lösungen und auch Akzeptanz zu organisieren. Das habe ich schon gesagt, man muss der Bevölkerung auch ehrlich erklären, dass das alles mehr Aufwand und mehr Kosten bedeutet. Man kann das argumentativ so integrieren, dass man sagt: Wenn wir jetzt mehr leisten, sparen wir für die Zukunft, denn wenn wir jetzt nichts tun, werden wir in Zukunft noch viel mehr Aufwand haben angesichts des Klimawandels und der Klimaschutzthematik. Da, finde ich, sollte man ehrlich miteinander umgehen und nicht immer nur in eine Schublade schieben und sagen: Ihr seid doch bloß die Kapitalisten. – Das funktioniert so nicht.

Zum Thema, was der Vorsitzende noch mal gefragt hat: Ich gebe Ihnen recht. Das habe ich vergessen zu beantworten. Wir machen sehr viele Statistiken und Analysen. Wir haben in Berlin in den Wohnungsbeständen etwa 90 Prozent der Gebäude und Wohnungen saniert und modernisiert, sie sind aber nicht klimaneutral. Sie sind nicht die Worst-Performing Buildings, über die wir vorhin gesprochen haben. Sie haben deutlich niedrigere Emissionen und Verbräuche, aber sie sind nicht klimaneutral. Gerade, wenn wir die Energieversorgung, das Energiesystem umstellen – – Beispielsweise ist der größte Anteil, fast 70 Prozent der Bestände, in Berlin fern- und nahwärmeversorgt. Wenn wir die Wärmesysteme auf Niedertemperaturtechnik runterziehen, muss man natürlich auch die Gebäude anpassen, weil ansonsten die notwendige Wärme nicht mehr generiert werden kann beziehungsweise die eingehende Wärme nicht mehr ausreicht, um die Wohnung über den Winter zu bringen.

Da muss man ehrlicherweise auch sagen: Selbst an die sanierten und modernisierten Gebäude muss man überwiegend noch mal deutlich ran. Was wir aber auch immer sagen, ist, nicht nach dem Maximum zu agieren und zu sagen: Wir machen jetzt 30 Zentimeter Dämmung dran, und in der Berechnung heißt es dann: Daraus kommt dann kein Verbrauch mehr, sondern die Realität, was auch viele Studien bewiesen haben, sagt, dass Soll und Ist oder Plan und Ist immer weit voneinander abweichen. Das Thema Prebound- und Reboundeffekte, also sprich: auch das Nutzerverhalten, den Betrieb, den die Unternehmen als Notwendigkeit oder als Pflicht haben, quasi optimal zu organisieren, führt auch dazu, dass die Werte voneinander abweichen. Man muss eigentlich alle Komponenten angehen und entsprechende Investitionen tätigen, aber auch den Menschen erklären, wie man mit den Dingen umgeht. Deswegen sagen wir, man darf nicht nur, wie es Herr Heuser gerade gesagt hat, in einem Sektor, in einem Tunnel denken, sondern man muss die Dinge komprimiert sehen, wie sie miteinander verknüpft sind, dass die Gebäudesubstanz optimiert werden muss. Die Energieversorgung muss umgestellt werden. Die Anlagentechnik muss optimiert und optimiert gehalten werden, aber auch das Nutzerverhalten muss angepasst werden, und daran müssen wir aktiv arbeiten. Deswegen auch die Studie, die 2020 stattgefunden hat, wo wir auf 90 Milliarden Euro kamen, übrigens nicht nur für die BBU-Mitgliedsunternehmen, sondern alle Wohnungsbestände, auch Ein- und Zweifamilienhäuser in Berlin.

Es ist aus meiner Sicht so, dass man auch mal ehrlicherweise sagen muss – – Frau Gennburg sprach an, 40 Prozent kommen aus dem Bausektor. Eigentlich heißt es Gebäudesektor. 40 Prozent der Emissionen kommen aus dem Gebäudesektor. Gebäude sind aber nicht nur Wohngebäude. Gebäude sind auch öffentliche Gebäude, gewerbliche Gebäude und ähnliche Dinge. Dann darf man nicht immer nur sagen: Der Gebäudesektor emittiert das meiste, also muss die Wohnungswirtschaft das auf Null bringen. Das wird dann auch nicht zu den

100 Prozent führen, die Herr Hirschl angesprochen hat, und deswegen muss man verschiedene Komponenten setzen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Lippert! – Für den Senat zur Beantwortung der Fragen erteile ich das Wort Frau Senatorin Schreiner. – Bitte!

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU): Ich danke Ihnen ganz herzlich! – Ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre wertvollen Beiträge! Wir haben auch schon fleißig mitnotiert. Zu den Einlassungen des Anzuhörenden Limburg möchte ich stellvertretend für den gesamten Senat betonen an dieser Stelle, dass wir dezidiert bei jeder Ihrer Ausführungen andere Auffassungen sind. – [Michael Limburg (EIKE e. V.; Vizepräsident): Zu den Fakten, bitte!] – Ich sage gleich, zu welcher Stelle. – Deswegen finde ich es auch sehr gut, dass alle anderen Anzuhörenden gesagt haben, Anpassungen jetzt zu machen. Das entspricht auch unserer Auffassung, wie ich einleitend gesagt habe, dass wir jetzt schnell und zügig vorankommen müssen. Ich bin auch froh, dass das alle auch in ihren Statements noch einmal betont haben. Dass es schnell gehen muss, will ich mal versuchen ins Operative zu übersetzen, wie wir gerade in den Verwaltungen daran arbeiten. Zeitpläne und Meilensteine wurden bereits von allen Verwaltungen erarbeitet. Am nächsten Montag gibt es die erste Staatssekretärsrunde dazu, und da sollen alle Verwaltungen ihre Maßnahmen, ihre Meilensteine schon mal vorstellen. An Herrn Dr. Taschner dazu noch mal gerichtet: Das war natürlich die Aufgabe – darzustellen, wie es vor 2045 gelingen kann. Das wird in diesem Prozess jetzt jedes Mal mitkorrigiert und in den Meilensteinen auch so definiert.

Zu diesem ganzen Thema Governance kam von Ihnen, dass das ein sehr gutes Konzept ist. Wir haben das unterlegt durch die Senatskommission Klimaschutz. Dadurch muss sichergestellt werden, dass natürlich alle Senatsverwaltungen dann auch ihre Aufgabe erfüllen. Die tagt sehr regelmäßig, und, wie gesagt, am 19. September 2023 ist für uns die erste Runde dazu. Vorgenommen haben wir uns natürlich, dass die Konflikte dort an der Stelle pragmatisch gelöst werden, das heißt, dieses Thema, das auch von Ihnen adressiert wurde. Zielkonflikte haben wir, das ist voraussehbar, sie müssen aber auch entschieden werden, und genau dafür ist diese Senatskommission da, um dort diese Entscheidungen zu treffen. Die Basis dafür ist ein indikatorisches Monitoringsystem, das entwickelt und aufgesetzt wird. Auch da haben wir wertvolle Anregungen von Ihnen bekommen und würden Ihnen natürlich auch gerne hier im Ausschuss, wenn die erste Senatskommission war, erzählen, wie es dort weitergeht.

Zum Thema Finanzierung – das ist auch von Ihnen gekommen, Herr Abgeordneter Koçak –: Vom Modell her muss sich jede Hauptverwaltung eigenverantwortlich im Rahmen der Haushaltsaufstellung um die Personal- und Ressourcenausstattung für die Umsetzung der Maßnahmen kümmern. Wo immer möglich wollen wir natürlich EU- und Bundesmittel auch mit dazu nehmen. Ergänzend gibt es in der BEK Fördermittel in einer Größenordnung von zirka 20 Millionen Euro pro Jahr. Wir haben Ende Oktober schon die erste Frist gesetzt, wo Vorschläge für Fördermittel von der Hauptverwaltung auch schon kommen sollen. Ansonsten haben wir natürlich mit dem Sondervermögen genau das Instrument an der Hand, um die von Ihnen noch mal geschilderten Herausforderungen, was die Größenordnungen angeht, zu adressieren.

Der integrierte Ansatz wurde noch mal angesprochen. Das finde ich sehr gut. So ist das BEK auch aufgebaut. Trotzdem ist dieses Thema Priorisierung von Ihnen mehrfach adressiert wor-

den. Wir haben natürlich die verschiedenen Größenordnungen, Indikator CO₂-Minderung, wir wollen aber auch qualitativ und systemische Maßnahmen dort mitabbilden, das heißt, es ist natürlich diese Frage der Priorisierung, die wir vornehmen müssen innerhalb der verschiedenen Felder, die wir dort im BEK adressiert haben, und das wollen wir auch genauso umsetzen. Das beschreibt auch so ein bisschen diese Schilderung, einen pragmatischen Weg zu finden. Wir müssen natürlich auch gucken, was wir schnell machen mit Hebelwirkung, also genau das werden wir dort auch diskutieren.

Ihre Anregung zum Thema Beteiligung der Bürger: Wir hatten den Klimabürger:innenrat. Den wollen wir, auf das aufsetzend, was Sie auch empfohlen haben, zu einem Dialogformat weiterentwickeln. Wir sind in Berlin Wissenschafts- und Forschungsstandort. Wir haben hier einen wirklich guten Start-up-Bereich. Wir sind im Green-Tech-Bereich auch sehr stark unterwegs. Dieses Netzwerk weiterhin noch mehr einzubeziehen als in der Vergangenheit und zu gucken: Wie kann man deren Erkenntnisse auch noch mitreinholen? –, entspricht, glaube ich, auch dem, was Sie adressiert haben, Herr Heuser, dass man mehr noch Akteure zusammenbringen muss, und nicht in den verschiedenen Röhren mit ihnen kommuniziert.

Zum Thema Fachkräfte: Das war von Ihnen noch mal aufgeworfen, Herr Abgeordneter Koçak. Die Senatskolleginnen Giffey und Kiziltepe sind da auch ganz stark hinterher. Wir hatten gestern gerade das Ausbildungsbündnis auch noch mal. Ich weiß, dass es viele Gespräche auch mit den Kammern zu diesem Thema gibt. Wir haben den Runden Tisch Klimaschutzberufe, wo wir auch beteiligt sind. Es ist natürlich so, dass wir gucken müssen: Alle haben mit Fachkräftemangel zu tun, und eine Zielrichtung dieses Runden Tisches Klimaschutzberufe ist natürlich, genau in diesen Bereich die jungen Leute reinzubekommen. Ich glaube, das Zeitfenster ist im Moment ein sehr gutes. Viele Jugendliche sind sensibilisiert für das Thema. Wichtig ist für den gewerblichen Bereich, dass die Diskussion nicht nur auf der akademischen Ebene stattfindet, sondern dass sie sozusagen in das Handwerk reingehen, und da ist natürlich genau auch das Thema Solar adressiert. Da werden verschiedenste Maßnahmen diskutiert, von Imagekampagne über Zusammenarbeit mit den Innungen. Wo kann man Fortbildungen machen, sozusagen Schnellbesohlungen in einem Jahr? Die duale Ausbildung an sich dauert drei Jahre. Das ist oftmals auch für viele eine Hürde. Wo kann man sektoral innerhalb eines Jahres dort nachqualifizieren?

Zum Thema TVO: Wir haben natürlich ein umfangreiches –– Kompensationsflächen sind dort bereitzustellen. Da haben Sie recht. Die Waldgebiete wurden in der Trassierung, da gibt es schon wahnsinnig viel Vorlauf für die Planung der TVO, so ausgesucht, dass die Wälder, die am wertvollsten, am wertigsten sind, geschont werden, dass man auf der anderen Seite durch den Rückbau einer anderen Trasse auch zusammenhängende Waldgebiete, was auch sehr wichtig ist, wieder schafft. Das wird natürlich im Planfeststellungsverfahren weiter diskutiert werden. Ende des Jahres soll das losgehen, und dann werden wir natürlich die Debatten weiterführen müssen.

Das Thema kommunale Wärmeplanung wurde von Ihnen noch mal aufgeworfen, Herr Dr. Taschner. Ich habe noch mal geguckt: Wir haben hier aktuell eine Potenzialstudie zur Abwärme, die erstellt wird. Wir haben die Ausschreibung für das Wärmekataster, die jetzt im September rausgehen soll; das ist eine EU-weite. Wir wollen 2026 die Wärmeplanung vorlegen. Parallel haben wir auch noch einen thermospezifischen Branchendialog zu dem Thema erneuerbare Energien. Dort sitzen alle Akteure Berlins am Tisch, inklusive jetzt auch der

Wohnungswirtschaft. Dann werden wir mal gucken. Wir hatten einen Runden Tisch Erneuerbare Energien beim Regierenden Bürgermeister als Erstes. Das ist jetzt erst mal noch sehr in der oberen Ebene gewesen. Jetzt versuchen wir all diese Akteure natürlich für das Thema Wärmeplanung sehr zeitnah und in kurzen Abständen zusammenzubringen. Der erste Dialog war da auch schon sehr vielversprechend, und ich glaube, das ist genau der richtige Ansatz. Da sitzen, glaube ich, alle Versorger dieser Stadt auch mit drin. Ansonsten haben wir das Thema Wasserstoff auch noch auf dem Schirm. Insbesondere muss mit diesen Experten auch geguckt werden: Wo sind auch noch Quick Wins zu erzielen. Auch das soll auf der Karte von Berlin, die da abgetragen wird, identifiziert werden.

Zum Thema Nachhaltigkeit am Bau: Frau Abgeordnete Gennburg! Wir haben verschiedene Komponenten, wo man überall das Thema Nachhaltigkeit am Bau adressieren kann. Natürlich ist es grundsätzlich dem Handwerk sowieso eigen, dass man eher auf Renovierung, Umbau und Sanierung setzt, weil wir sehr viele sanierende Handwerksberufe haben. Deswegen ist es natürlich klar, dass das zugunsten des Neubaus auch gar nicht vernachlässigt wird. Der Punkt ist, dass Sie manchmal eine Bausubstanz haben, die es gar nicht mehr zulässt, nach den heutigen Standards etwas daraus zu machen. Es ist auch immer eine Kostenfrage. Insofern ist der Abriss, den ich nicht als Abriss, sondern als Rückbau bezeichnen möchte, manchmal dann doch die bessere Alternative; Rückbau insofern, und das im Unterschied zum Abriss: Abriss bedeutet, es wird alles plattgemacht, und Rückbau bedeutet, wir führen es in eine Kreislaufwirtschaft. Da gibt es gesetzlich immer noch ein paar Rahmenbedingungen, die nicht hundertprozentig stimmen auf Bundesebene, aber was Berlin angeht, haben wir jetzt auch mit ALBA zusammen eine Zwischenlagerung für Baustoffe, die rückgebaut wurden, die momentan akut keine Verwendung finden, aber gelagert werden müssen, weil sie wiederverwendet werden.

In Berlin tun wir sehr viel für das Thema Kreislaufwirtschaft. Die Zero-Waste-Agentur zahlt da natürlich auch ein. Da wird die Wirtschaft auch mitgenommen. Vom Ansatz her ist klar: Wir müssen kompakter bauen. Wir dürfen nicht mehr diesen großen Flächenverbrauch machen. Wir müssen insbesondere das ganze Thema Dachgeschossaufbau forcieren, und wenn wir über alternative Baustoffe reden, dann haben wir immer nur Holz im Blick. Das ist natürlich total wichtig, es gibt aber auch andere Ersatzbaustoffe, die genutzt werden können. Ich glaube, da hat auch unsere Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Berlin noch gute Ideen und Vorschläge. Wir haben das Thema Netto-Null-Versiegelung natürlich als Ziel, und wir haben Entsiegelungsprogramme. Insofern denke ich, wir sind auch im Bau nicht schlecht aufgestellt. Nicht zuletzt gibt es eine nachhaltige Berichterstattung, eine finanzielle Berichterstattung, die, glaube ich, der größte Hebel war, den die EU-Ebene da setzen konnte, dass die Finanzierung natürlich nachhaltig zu erfolgen hat, und das setzt sich natürlich ganz klar in der Wertschöpfungskette fort.

Die Novelle der Bauordnung: Die Vorschläge liegen noch nicht bei uns auf dem Tisch, aber die Entschlackung der Bauordnung ist nicht immer gleichzusetzen mit einem Abbau an gesetzlichen Vorgaben. Wir haben eine sehr gute Umwelt- und Klimagesetzgebung. Die muss sich vielleicht – und das ist, glaube ich, das Ziel, eine Entschlackung der Landesbauordnung – nicht in jedem Detail in der Landesbauordnung widerspiegeln. Ich glaube, das ist eigentlich das Ziel. Wir müssen schneller bauen, und zwar genau in dem Sinne, wie es vorher beschrieben war. Wir müssen schneller bauen, aber natürlich wollen wir in Zukunft klimafreundlicher bauen, aber wir wollen am Ende bauen. Wenn wir nicht entschlacken, werden wir weder zum

konventionellen Bauen kommen noch zum klimafreundlichem Bauen, und insofern ist die Novelle der Landesbauordnung da schon auch ein zentraler Hebel.

Zur Frage von Herrn Bertram habe ich noch mal Frau Züchner mitgebracht, Leiterin Referat Klimaschutz und Klimaanpassung in meinem Haus zum Thema Wind.

Beate Züchner (Sen im MVKU): Vielen Dank! – Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Zum Thema Windenergie gab es eine Frage. So viel kann ich dazu gar nicht sagen, weil die Studie in der Federführung der Wirtschaftsverwaltung liegt und aktuell dort noch in der Erstellung ist. Gleichwohl stellt sich aber jetzt schon heraus, dass es dort auch gewisse Zielkonflikte gibt und dass wir nicht nur mehr Energie aus Windenergieanlagen haben möchten, sondern insbesondere auch aus dem Bereich des Artenschutzes, des Landschaftsschutzes und auch Flächenkonkurrenz Wohnraum und Gewerbe. Das wird momentan diskutiert. Wir werden dort gemeinsam Indikatoren festlegen. Wir sind relativ optimistisch, dass die Studie zum Ende des Jahres vorliegen wird. Ziel ist es, einzelne Flächen auszuweisen, auch wenn es Berlin sehr bewusst ist, dass es die Flächen, die das Windanlagengesetz vorschreibt, nicht in Gänze erfüllen kann. Wir wollen hier aber ebenfalls Vorbild sein und damit ein gewisses Zeichen setzen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke schön an den Senat! – Wir kommen zum Ende dieses Tagesordnungspunktes. Ich danke den Anzuhörenden für die Teilnahme an unserer Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Tag. – Ich schlage vor, Tagesordnungspunkt 3 zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. – Ich sehe Kopfnicken. Dann machen wir es so.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0098](#)
Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum stärken UK
und Sauberkeit sicherstellen
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0100](#)
Drucksache 19/0565 UK
Gesamtstrategie Saubere Stadt
Drucksache 19/0400 (Aufgabenbeschluss B.115)
(auf Antrag der Fraktion der SPD)

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.